

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2508-2507

Freitag, den 7. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkonten: Berlin 373 36 - Bankkonten: Direction
der Postkonten-Gesellschaft, Postkontenliste Lindenstraße 3

Ermächtigung oder Auflösung?

Entscheidung am Sonnabend.

Gestern wurden im Reichstag die beiden Paragraphen, aus denen das Ermächtigungsgesetz besteht, angenommen. Mehr als zwei Drittel der Abgeordneten beteiligten sich an der Abstimmung, und dann stimmten wieder mehr als zwei Drittel mit Ja. So schien alles in Ordnung, aber noch stand die Schlussabstimmung aus, und da beschloß das Haus auf Antrag der Mittelparteien Vertagung auf Sonnabend. Warum? Es bestand der Verdacht, daß die Deutschnationalen einen kleinen Ueberfall vorhaben, indem sie sich plötzlich vor der Schlussabstimmung entfernten und die Anwesenheitsziffer unter die notwendigen zwei Drittel herunterbrachten.

Der Reichstag hat 459 Mitglieder, 306 müssen durch Teilnahme an der Abstimmung ihre Anwesenheit kundtun, sonst ist schon die erste Voraussetzung für das Zustandekommen eines verfassungswidrigen Gesetzes nicht mehr gegeben. 302 Abgeordnete hatten gestimmt. Traten die Deutschnationalen plötzlich in Streit, so sank die Beteiligungsziffer möglicherweise unter 306, dann fiel das Ermächtigungsgesetz aus und mit ihm der Reichstag.

Von den Parteiführern, schließlich auch von Reichskanzler zur Rede gestellt, ob sie den vermuteten Ueberfallseffekt in Vorbereitung hätten, verweigerten die Deutschnationalen sichtlich lächelnd jede Auskunft. Außerhalb der deutschnationalen Fraktion war man sich einig darüber, daß ein derartiges Verhalten wohl für Marx und Moritz angemessen sei, die mit ihrem Rusterohr schlimme Streiche begehen, aber nicht für erwachsene Männer und Frauen, nicht für Leute, die in jedem Augenblick große Redensarten von den Interessen der Nation im Munde führen. Mit Worten starker Entrüstung wandten sich die Redner des Zentrums und der Demokraten gegen dieses frivole Treiben. Schließlich wurde die Vertagung der Schlussabstimmung auf Sonnabend beschlossen in der Absicht, durch Heranziehen des leihen Mannes den Reichstag vor den Späßen der Deutschnationalen zu schützen.

Was die Deutschnationalen diesmal ausführten, war dem ähnlich, was sie schon bei der Abstimmung über das erste Ermächtigungsgesetz vergeblich versucht hatten und wodurch auch damals eine Vertagung herbeigeführt wurde, aber es war noch schlimmer. Damals gaben die Deutschnationalen von vornherein die Erklärung ab, daß sie nicht durch ihre Anwesenheit dem Zustandekommen des Gesetzes beihilflich sein wollten und zogen ab. Diesmal legten sie sich hinter den Busch und versuchten sie es mit Hinterlist. Mehr haben auch die Hölllein und Kemmele nie mit der Würde der Volksvertretung Schindluder gespielt als gestern die Schulz-Bromberg und Hergt.

Unter diesen Umständen sollte es für alle Abgeordneten, die nicht zu jener Kumpanei gehören, geradezu eine Ehrenpflicht sein, den deutschnationalen Buschpolitikern das Handwerk zu legen. Denn gelänge ihnen am Sonnabend ihr Spiel, so wäre das eine Katastrophe für den Parlamentarismus. Und mehr als das! Bürgerliche Abgeordnete aus dem

besezten Gebiet haben in der gestrigen Debatte wiederholt darauf aufmerksam gemacht, welche Gefahr es für die Reichseinheit wäre, wenn es den deutschnationalen Katastrophopolitikern gelänge, jetzt überstürzte Wahlen zu erzwingen. Auch die Regierung läßt erklären, daß sie aus diesem Grunde eine Auflösung des Reichstages sehr gern vermeiden würde. Sie sieht allerdings in dem Fall, daß das Ermächtigungsgesetz am Sonnabend nicht zustande käme, die Auflösung des Reichstages für unvermeidlich an und hat für diesen Fall die Vollmacht des Reichspräsidenten schon in der Tasche.

Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern nach Schluß des Plenums mit der Lage, die durch das Verhalten der Deutschnationalen geschaffen war. Sie stand dabei auch vor der Tatsache, daß eine Anzahl von Parteigenossen vor den Abstimmungen über die §§ 1 und 2 den Saal verlassen hatten, und daß dadurch die Zweidrittelmehrheit — für den Fall, daß die Deutschnationalen plötzlich ihre Beteiligung einstellen — gefährdet war. Selbstverständlich kann das Verhalten dieser Parteigenossen mit jenem der Deutschnationalen in keiner Weise in Parallele gestellt werden. Sie verteidigen, daß sie die Ausführung des Fraktionsbeschlusses mit ihrer Ueberzeugung nicht vereinbaren könnten, und machten von dem Recht der unauffälligen Entfernung Gebrauch.

Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn nicht unglücklicherweise objektiv und faktisch den Deutschnationalen eine — von jenen Parteigenossen nicht gewollte — Unterstützung zuteil würde. In einer ähnlichen Situation, bei dem ersten Ermächtigungsgesetz, hatte die Fraktion absoluten Fraktionszwang beschlossen und den dissentierenden Mitgliedern freigestellt, in einer Erklärung auszusprechen, warum sie gegen das Gesetz gewesen wären, warum sie aber trotzdem aus Parteidisziplin dafür gestimmt hätten.

Diesmal kam die Fraktion nach langer Debatte zu folgendem Beschluß:

Die Mitglieder der Fraktion sind nur dann berechtigt, sich aus Gewissensgründen einer von der Fraktion beschlossenen Abstimmung unauffällig fernzuhalten, wenn nicht durch diese Fernhaltung die Abstimmung der Fraktion in ihrem Erfolg beeinträchtigt wird.

Ueber die Art der Anwendung dieses allgemein gehaltenen Beschlusses auf den gegebenen Fall soll in einer neuen Fraktionssitzung am Sonnabend vor der entscheidenden Abstimmung gesprochen werden.

Ein Mitglied der Fraktion, Abg. Wilhelm Hoffmann (Schmargendorf), hatte bei den namenslichen Abstimmungen gegen die Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen und den Kommunisten gestimmt. Die Fraktion beschloß mit großer Mehrheit, die Fraktionsgemeinschaft mit ihm zu lösen.

Agrarische Steuerfreunde.

In seiner Antrittsrede sprach der Reichskanzler Marx von der „belaugerten“ Tatsache, daß es immer noch Bevölkerungskreise gibt, die gegen die notwendigen steuerlichen Maßnahmen des Reiches Protest erheben. Als Antwort darauf hat der Reichslandbund an Marx das folgende Schreiben gerichtet:

„Wir bestreiten dem Reiche nicht die Berechtigung, stilles finanzielle Maßnahmen auch im Wege der Notverordnung zu treffen. Mit Nachdruck müssen wir aber dagegen Verwahrung einlegen, daß wie es in der Steuerordnung beabsichtigt ist, ohne ordnungsmäßige Vorbereitung und ohne den Betroffenen Zeit zu eingehender Stellungnahme und Bereitstellung von Material zu lassen, eine grundlegende Aenderung in der Besteuerungsform der Landwirtschaft, und zwar in der Richtung des sozialistischen Steuerprogramms, getroffen werden soll. Es handelt sich hierbei um Maßnahmen, welche erst im Jahre 1925 in Kraft treten, so daß also nicht der geringste Anlaß besteht, diese Maßnahmen, welche einem neuen Reichstag und einem neuen Einkommensteuergesetz vorzubehalten sind, im Wege der Notverordnung jetzt schon festzusetzen. Mit Rücksicht auf die Beunruhigung der ländlichen Bevölkerung, die durch derartige Regierungsmassnahmen hervorgerufen wird und zweifellos auch einen starken Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion ausüben muß, bitten wir den Herrn Reichskanzler im Interesse der Volksernährung und der Ruhe der Bevölkerung dahin zu wirken, daß diejenigen beschlossenen Maßnahmen, welche nicht unbedingt mit größter Beschleunigung getroffen werden müssen, bis zu einer ordnungsmäßigen Durchberatung zurückgestellt werden.“

In ähnlichen Eingaben hat sich der Reichslandbund auch an den Reichsfinanzminister und Reichsernährungsminister gewandt. Was es mit dieser landbündlichen Sorge um die Steuerprivilegien der Großagrarier auf sich hat, soll an einigen Beispielen aus der Praxis erläutert werden.

Am dem Tage, an dem im August die „riesigen“ Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und die Rhein- und Ruhrabgabe zu zahlen waren, standen an der Kasse eines ländlichen Finanzamtes ein großer Graf und ein kleiner Bauer, um ihre Zahlungen zu leisten. Aber wer nun gemeint hatte, der große Graf werde nun endlich auch einmal eine erhebliche Steuerzahlung leisten, der irrte sich. Der oblige Herr, dessen stattliche Besizung 2000 Hektar groß war, zahlte nur eine Summe von ganzen 10 Millionen Mark auf die Vorauszahlungen und von 20 Millionen Mark auf die Rhein- und Ruhrabgabe. Das Bäuerlein neben ihm, das zwar nur 60 Hektar sein eigen nannte, zahlte 20 Millionen Mark an Vorauszahlungen und 40 Millionen Mark an Rhein- und Ruhrabgabe. Also genau das Doppelte von dem, was der große Herr zu leisten hatte. Aber auch der kleine Landwirt zahlte nur, was der Festbesoldete, der Lohnempfänger schon lange im voraus entrichtet hatte. Der Lohnsteuerabzug z. B. eines mittleren Beamten aus der gleichen Gegend (Bezugsgruppe VII Ortsklasse C, verheiratet, ein Kind) betrug nämlich: im Juli 497 150 M., im August 9 831 700 M., im September 32 405 700 M., zusammen also 42 734 550 M.

Woran liegt es, daß der Graf weniger zu zahlen hatte als der Bauer? Keineswegs an einer strafbaren Steuerhinterziehung. Dazu sind die hohen Herren zu vornehm. Es liegt ebenso an einem gesetzlichen Mangel, wie es bisher an einer Lücke im Gesetz lag, daß die Lohnempfänger dauernd das foudsovietsche an Einkommensteuer zahlen wie der Sachwertbesitzer und Inflationsgewinnler.

Der § 29 des Einkommensteuergesetzes läßt nämlich zu, daß Landwirte und Gewerbetreibende ihr Einkommen nach einem vom Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember) abweichenden Wirtschaftsjahr versteuern können. Das bedeutet: Wenn z. B. die Veranlagung zur Einkommensteuer für 1922 ansteht, werden gewöhnliche Sterbliche nach dem Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember) veranlagt. Unternehmer aber, die für ihren Betrieb ein Wirtschaftsjahr, etwa vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923, eingeführt haben, genießen den Vorzug, nach diesem Wirtschaftsjahr veranlagt zu werden. Da sie dadurch nach einer Einkommensperiode veranlagt werden, die ein halbes Jahr weiter zurückliegt als die aller anderen Steuerpflichtigen, ist es dasselbe, als ob sie ihre Einkommensteuer ein halbes Jahr später zahlten als diese. Selbstverständlich ließ sich niemand diese Vergünstigungen entgehen, und jeder Landwirt legte auf Anweisung des Landbundes sein Wirtschaftsjahr so abweichend vom Kalenderjahr wie nur irgend möglich.

Da die Geldentwertung im Jahre 1922 schon sehr stark fortgeschritten war, mußte die Zugrundelegung eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahres das Ergebnis haben, daß das zahlenmäßige Einkommen aus ein und demselben landwirtschaftlichen Betriebe im Kalenderjahr eine viel größere Summe ergab als in dem um ein halbes Jahr zurückliegenden Wirtschaftsjahr. Ließ man neben dem Kalenderjahr auch das Wirtschaftsjahr als Besteuerungsgrundlage zu,

20 Millionen Dollar für Deutschland?

Washington, 6. Dezember. (WIB.) Senator Cautrot hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, durch die zwanzig Millionen Dollar für das Hilfswerk in Deutschland bewilligt werden sollen. Die Verwendung der Summe soll unter der Leitung des Präsidenten Coolidge erfolgen.

Günstige Stimmung in Amerika.

London, 6. Dezember. (U.) Die „Times“ melden aus Washington, daß nach Auskünften des Staatsdepartements Deutschland die Absicht habe, von der Reparationskommission die Freigabe einer Priorität von 70 Millionen zu erwirken, die von Deutschland als ausländische Anleihe aufgenommen werden sollen. Dem amerikanischen Markt soll nur die Hälfte dieser Summe aufgenommen werden. Von amerikanischer Regierungseite, die diese Mitteilung an die Presse verbreitete, soll den „Times“ zufolge gleichzeitig erklärt worden sein, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Gedanken der Anleihe und das oben genannte Verlangen Deutschlands sehr begünstige.

Pariser Blätter suchen die Reparationskommission schon zur Ablehnung des deutschen Gesuchs aufzuheben. Das Wohlwollen Amerikas ist schon deswegen glaubhaft, weil der Abschluß für den amerikanischen Ueberfluß fehlt.

Die Mark in New York.

Nach der gestrigen Erhöhung der Devisenkurse im Ausland hat sich die Mark wieder gebessert. Aus New York wurde ein Kurs gemeldet, der umgetauscht einen Festschub von vier Billionen Mark, also wiederum unter der amtlichen Berliner Notiz ergibt.

Großbritanniens Wahltag.

Starke Beteiligung.

London, 6. Dezember. (Co.) Die Beteiligung an den heute stattfindenden Wahlen war schon von den frühen Morgenstunden an recht groß. Eine große Anzahl von Wählern begab sich bereits auf dem Wege zur Arbeit zu den Wahlstätten. Die Wählerinnen, die bekanntlich zum ersten Male in größerer Anzahl an den Wahlen teilnehmen, stellten sich erst gegen Mittag zahlreicher ein. Man erwartet eine außerordentlich große Teilnahme der Wähler. Zwischenfälle werden vorläufig nicht gemeldet.

Die Sachlieferungen.

Teilweise Aufrechterhaltung.

Das Reich hat bekanntlich die Zahlungen auf Sachlieferungen ausgelehrt mit der Bestimmung, daß es innerhalb einer Frist von fünf Wochen die noch ausstehenden Leistungen von lieferungspflichtigen Unternehmern verlangen kann. Zweck dieser Bestimmung war es, Zeit zu gewinnen, damit man Verhandlungen zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Bestellern zu Ende führen konnte, die dahin abzielten, daß die Verträge gegen Barzahlung des noch nicht vom Reiche gezahlten Restpreises erfüllt werden konnten. Jetzt ist diese Frist durch eine Verordnung um weitere sechs Wochen bis zum 20. Januar 1924 verlängert worden. Man hofft, auf diesem Wege eine große Zahl der noch schwebenden Verträge zur Durchführung zu bringen. Wenn eine Einigung mit den alliierten Bestellern zustande kommt, so werden die bereits geleisteten Teilzahlungen nicht zurückgefordert, da das Reich in diesem Falle die Gutschrift der bezahlten Beträge auf Reparationskonto erhält.

so bedeutete das, daß man wieder einmal Mark gleich Mark und das höhere Goldmarkentommen aus dem Wirtschaftsjahr dem viel niedrigeren Einkommen aus dem Kalenderjahr gleichsetzte, nur weil sich zufällig gleiche Papiermarksummen ergaben. Wie groß diese Ungerechtigkeit ist, zeigt folgende Tabelle, in der die Steuerlasten gleich groß und gleich leistungsfähiger Betriebe gegenübergestellt sind. Die Zahlen verstehen sich in tausend Mark:

Einkommen im Wirtschaftsjahr	Zahlungen am 25. August 1923	
	im Kalenderjahr	im Wirtschaftsjahr
50	1021/22	1923
100	1850	1632
200	2700	4032
400	4500	7232
800	9000	14232
1000	22500	40000

Wie die Zusammenstellung zeigt, hat der erste Betrieb, wenn er nach dem Kalenderjahr veranlagt wird, das Achtfache dessen zu zahlen, als wenn er nach dem Wirtschaftsjahr veranlagt worden wäre. Der zweite Betrieb hat nach dem Kalenderjahr zehnmal mehr zu zahlen als nach dem Wirtschaftsjahr, der dritte 13-, der vierte 16- und der fünfte sogar 19mal mehr! Diese Bergünstigung kommt hauptsächlich den kleinen Besitzern die Arbeit einer kaufmännischen Buchführung, die Voraussetzung ist, um der Bergünstigung teilhaftig zu werden, nicht auf sich nehmen konnten, wäßen die Buchführungsstellen des Landbundes, bei denen die Großen ihre Bilanzen fristieren lassen, immer mehr. Es handelt sich also vorwiegend um ein Privileg der Großagrarien.

Kun jammern die Großagrarien: Wenn die Veranlagung nach dem Wirtschaftsjahr abgeschafft wird, muß jede geordnete landwirtschaftliche Buchführung aufhören, und dann muß eben das Volk — wenn auch bei vollen Scheunen — wieder einmal verhungern. Gewiß ist der Abschluß des Wirtschaftsjahres beim Landwirt im Juni leichter als im Dezember. Aber das soll gar nicht unmöglich gemacht werden. Lediglich für die Steuer soll das Kalenderjahr die Grundlage sein. Das aber ist auch nötig, denn jetzt sind aus Buchführungsstellen tatsächlich Steuerhinterziehungsstellen geworden, die in großem Maß die Läden des Gesetzes zugunsten der Großagrarien ausbeuten. Der Leidtragende ist aber bei allen diesen Dingen der kleine Besitzer, der weder Bücher führen kann, noch sich durch die übermäßig komplizierten Bestimmungen unserer Steuergesetze durchzufinden vermag, und die Allgemeinheit, deren leistungsfähigste Kreise keine Steuern zahlen.

Notopfer für die besetzten Gebiete! Ein Antrag der preussischen Regierung.

Die Verordnung über die Aufbringung von Mitteln für die Erwerbslosenfürsorge, nach der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge zu zahlen haben, hat bisher im besetzten Gebiet aus mancherlei Gründen nicht durchgeführt werden können. Infolgedessen stehen von Mitte Dezember ab, wo die für die Zwecke der Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Beträge aufgebraucht sein werden, Mittel für die Erwerbslosenfürsorge während einer Uebergangszeit nicht zur Verfügung. Um die Schwierigkeiten dieser Uebergangszeit, in der die Mittelaufbringungsverordnung im besetzten Gebiet eingeführt wird, zu überwinden, hat die preussische Regierung bei der Reichsregierung beantragt, während dieser Uebergangszeit besondere Mittel für die besetzten Gebiete bereitzustellen, die durch Steuern im unbesetzten Gebiet aufgebracht werden sollen.

Bücher zum Schenken.

Von A. H. Döschel.

Das deutsche Volk hat die deutsche Sehnsucht nach dem Buche, vor allem nach dem Weihnachtsbuche, das wir unseren Lieben als Weihnachtsgeschenk spenden möchten, noch nicht völlig auslöschen können. Wer es irgend vermag, spart die Großen, die so hochtragende Namen tragen, um das edelste Gut — ein Buch — erhalten zu können. Erfreulichweise hat auch die Herstellung neuer Weihnachtsbücher, die ja von langer Hand her vorbereitet werden, in diesem Jahre noch nicht ganz aufgehört. Die großen Verlage bringen wieder eine Ernte auf den Markt, die sich immer noch sehen lassen kann und an Qualität nicht nachgelassen hat.

Bilderbücher.

Das Buch für die Kleinen, die noch gar nicht oder nur eben lesen können, muß um so mehr Wert auf die Anschaulichkeit, leichte Fasslichkeit und starke Farbenfreudigkeit — das Kind liebt, wie die Krimitte, lebhaftes Farben — bedacht sein. Der Text, der ja nicht zu fehlen braucht, soll sich der Empfindungswelt des Kindes anpassen, sich gut einprägen lassen und nie ins Vappische und Süßliche verfallen. Der Verlag Dietz u. Co., der die neuen Stuttgarter Kinderbücher herausgibt, hat diese Voraussetzungen voll erfüllt. Die Bilderbücher: „Bärenfang und Affensprung“ und „Guck! hinein! Schau der Tiere Kinderlein“ — auf gutem, weichen Papier und in farbigen Umschlag gebunden — regen zur Naturbeobachtung an und erwecken die Liebe zum Tier. Was kann es Lustigeres, Fröhlicheres und Schöneres geben als junge Tiere, wie sie der im Kinderbuch längst bewährte Adolf Hoff so vollständig in dekorativem Landschaftsrahmen malt und denen Paula Jordan gut ins Ohr fallende Verse widmet. Das Bären-Affensbuch dringt eine treffliche Auswahl von Gedichten und Geschichten unserer besten Kinderdichter mit heiter stimmenden, immer konzentriert empfundenen Bildern von Else Wenz-Victor.

Der Münchener Bilderbuch-Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg macht auch zu diesem Weihnachten seinem Namen Ehre. Die Gediegenheit der Ausstattung, der künstlerische Charakter der Bilder verbergen wieder wahres Entzücken und echte Augenfreude. Else Wenz-Victor hat ein neues Spielbuch beigesteuert, das, wie ihr Puppenstübchenbuch, auf festem Karton großformatige Bilder liefert, in die bewegliche Figuren eingesetzt werden können. Dem aktiven Spieltrieb des Kindes ist mit diesen Bildern „Aus dem kleinen Städtebau“ voll aufgegeben, worin sich die Anschaulichkeit und Schönheit eines alten Festes mit seinen Läden, Marktständen usw. austut. Etwas altmodisch stilisierte, aber ferne Kinderbilder von des Jahres und des Lebens Festen bietet das Büchlein „Den kleinen Gästen bei fröhlichen Festen“ von Hans Krieg. Voll ausdrucksvoller Lebendigkeit und schmelzender in Farbenfreude, ein richtiges Bilderbuch zum Anschauen ist „Gretel, Postel, was machen die Gans“, mit alten und neuen Tiergedichten. Annaliese Stock hat die rechte Phantasie für das Kinderauge, das immer wieder sehen, sehen will,

Zwei Hochverräter.

In Tilsit haben die Stadtverordneten beschlossen, General Ludendorff wegen seiner Beteiligung am Hitler-Putsch in Bayern das Ehrenbürgerrecht der Stadt Tilsit abzuerkennen. Dieser Beschluß hat es der „Deutschen Zeitung“ angefallen. Sie veröffentlicht in großer Aufmachung die Liste der Stadtverordneten, die für diesen Beschluß eintraten, und verteidigt in einer langen Schimpfanrede Ludendorff als leuchtendes „Vorbild deutschen Heldentums“. Wir wollen mit der „Deutschen Zeitung“ nicht darüber streiten, ob Ludendorff ein großer General gewesen ist oder nicht. Herr Raubacher wird in richtiger Selbstbescheidenheit sich sicher nicht für zuständig erklären. Wir wissen nur, daß der große General, als er den Krieg verlor, einen Nervenzusammenbruch erlitt, von dem er sich nicht erholte und die Bücher schrieb, in denen er das deutsche Volk und alle möglichen anderen, nur nicht sich selber wegen des verlorenen Krieges anklagte. Jedenfalls war Ludendorffs Beteiligung am Hitler-Putsch ein offener und durchaus bewusster Hochverrat gegen das Reich und die Verfassung. Die Tilsiter Stadtverordneten hatten deswegen alle Veranlassung, dem Hochverräter das Ehrenbürgerrecht abzuerkennen.

Nicht mindere Aufregung herrscht in den Spalten der „Kreuz-Zeitung“. Sie entzündet sich darüber, daß die pfälzische Sozialdemokratie den Abgeordneten Hoffmann-Kaiserlautern zum Mitglied des neuen Sechziger Ausschusses der besetzten Gebiete bestimmt hat. Dabei wird die alte Redensart vom „Landesserrat“ der pfälzischen Sozialdemokratie wiederholt. Der „Kreuz-Zeitung“ stehen diese Redensarten besonders gut zu Gesicht. Die Deutschnationalen verfolgen bekanntlich nach wie vor die Politik der Preisgabe des Rhein- und Ruhrgebiets, um das übrige Deutschland zu „retten“ und zugleich im übrigen Preußen den „antimarxistischen“ Einfluß zu stärken. Sie sind also ganz besonders zu Sittenrichtern in nationalen Dingen berufen. In Wirklichkeit unternehmen die pfälzischen Sozialdemokraten ihre Schritte auf Ablösung — nicht etwa vom Reich, sondern von Bayern — erst unter dem Eindruck der Münchener Vorgänge und der offenen Auflehnung Bayerns gegen das Reich. Sie haben außerdem ihre Haltung sofort geändert, als die Reichsregierung diesen spontanen Schritt nicht billigte.

Daß Ludendorff sich in seinem Verhalten von den Wünschen der Reichsregierung irgendwie beeinflussen ließe, das haben wir noch nicht gehört. Er und seine Freunde sollten wenigstens, ehe sie andere als Landes- und Hochverräter beschimpfen, so ehrlich sein, selber zuzugeben, daß sie kein anderes Ziel ihrer Schwärze kennen, als: was auch aus Deutschland werden möge, auf dem Wege des bewaffneten Umsturzes und des Bürgerkrieges wieder zur Macht zu kommen. Das Geschrei vom Hochverrat wirkt mehr wie tomisch im Munde derjenigen, die berufsmäßig nichts anderes betreiben.

Du mußt es zweimal sagen. Deutschnationale und Rheinland.

Die „Deutsche Tageszeitung“ befaßt sich noch einmal mit den Ausführungen des Zeirumsabgeordneten Raas im Reichstag. Abg. Raas hatte sich, wie (rinnerlich, auf einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ bezogen, in dem die Preisgabe der besetzten Gebiete gefordert wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt nunmehr den Wortlaut der in Frage kommenden Sätze neben das Zitat, das Abg. Raas nach dem Bericht des „Vorwärts“ gebraucht hat. Abg. Raas hat danach den betreffenden Absatz nicht ganz wörtlich, sondern mit einiger Zusammenfassungen zitiert. Der Sinn wurde gewahrt, eine in öffentlichen Reden durchaus übliche Gepflogenheit. Trotzdem wirft die „Deutsche Tageszeitung“ dem Abg. Raas eine glatte Fälschung und willkürliche Entstellung vor und fügt dem hinzu:

„Wir wissen nicht, ob diese Fälschung erst in der Wiedergabe des Berichts durch das genannte Blatt oder schon in der mündlichen Wiedergabe auf der Rednertribüne entstanden ist.“

Dadurch wird der Eindruck erweckt, als habe sich unter Umständen der „Vorwärts“ eine Fälschung zuschreiben kommen lassen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der betreffende Absatz unseres Parlamentsberichts wörtlich der Bdz. Korrespondenz entnommen war.

Aber auch dieser Versuch, eine der „Deutschen Tageszeitung“ unangenehme Angelegenheit durch Verdächtigungen und Unterstellungen auf ein falsches Geleise zu verschleppen, muß als vollständig mißglückt bezichnet werden. Der vom Abg. Raas angezogene Artikel stand in Nr. 513 vom 5. November der „Deutschen Tageszeitung“ und stammt von Werner von Heimbürg. Der betreffende Absatz lautet:

„Das Rheinland ist für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen heute eine geöffnete Schlagader, aus der der Blut dauernd herausströmt. Man braucht kein Arzt zu sein, um zu wissen, daß der ganze Körper absterben muß, wenn nicht die verletzten Adern oberhalb der Wunde scharf abgebunden werden. Welche Einmände auch sonst erhoben werden mögen, es ist unter allen Umständen zu fordern, daß die Finanzierung von irgendwelchen Verträgen an Frankreich, ja, auch die Unterstützung der wahrlich schwer leidenden Ruhrbevölkerung mit Reichsmitteln aufhört. Die zweite Forderung betrifft das neue, wertbeständige Geld. Es ist ausgeschlossen, dieses Geld im Rheinland in Umlauf zu setzen, solange Frankreich und Sonderländer unter Mißachtung von Recht und Gesetz Geld in beliebigen Summen zusammenstellen. Verschließt sich die Reichsregierung dieser Erkenntnis, so werden durch den fortgesetzten französischen Diebstahl Goldanteile, Rentenmark, oder was sonst noch kommen mag, ebenso diskreditiert, wie heute die Papiermark. Man wird sich gewiß der Gefahr bewußt sein müssen, daß aus dieser Lausache eine verlogene Propaganda Wasser auf die Mühlen der Separatisten geleitet würde. Das darf aber nicht bestimmend sein. Treibt eine hilflose Politik das Reich in den Verfall, so nügen die schönsten Trüben von Brüderlichkeit und Einheit gar nichts mehr. Dann fällt das unglückliche Rheinland dem Erbfeinde wie eine reife Frucht in den Schoß. Die Erhaltung des Staates ist die oberste Pflicht. Nur von einer festen Plattform aus kann Frankreichs Annexionsgelüsten entgegengegearbeitet werden.“

In dem Artikel finden sich dann noch außerhand schöne Andeutungen, in denen den vom Reich auszugehenden Geheulen zugemutet wird, den Widerstand auf eigene Faust wieder aufzunehmen! Der Artikel ist in seiner tatsächlichen Wirkung also noch viel schlimmer, als es nach dem Zitat des Abg. Raas erscheinen konnte. Nehnlich scheint auch der Herr v. Heimbürg selbst empfunden zu haben. Denn als die Sache brenzlich wurde und die Loslösungspropaganda der Deutschnationalen allenthalben, und vor allem in Rheinland, eine entrüstete Zurückweisung erfuhr, schrieb Herr v. Heimbürg in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 29. November (Nr. 542) einen zweiten Artikel, in dem er folgenden Zurückzieher macht:

„Die Bevölkerung darf selbstverständlich von ihrer rechtmäßigen Regierung nicht dem Verhungern preisgegeben werden, aber ebenso selbstverständlich ist es, daß in dem menschlich und politisch gleich verständlichen Bestreben, den innigen Zusammenhang mit dem Vaterlande aufrechtzuerhalten, die Abwehrkraft des unbesetzten Reichs in Frage gestellt wird.“

Das ist zwar nicht sehr klar, zeigt aber immerhin zur Genüge, in welcher Verlegenheit sich Herr v. Heimbürg befand. Die „Deutsche Tageszeitung“ macht die Sache nicht besser, indem sie auf der einen Seite ihre Forderung nach Preisgabe der besetzten Gebiete wiederholt und auf der anderen Seite diejenigen, die auf diese Rheinlandpolitik der Deutschnationalen gebührend hinweisen, der Fälschung und willkürlichen Entstellung bezichtigt.

Wie notwendig es ist, immer wieder auf das „nationale“ Verhalten der Deutschnationalen hinzuweisen, zeigt die Haltung ihrer Fraktionen im Reichstag und Landtag, die Remothen im Reich und in Preußen ohne Not herbeizwingen wollen, obwohl auch ihnen, wie sämtlichen bürgerlichen Parteien, bekannt ist, daß Ruwahnen in diesem Augenblick eine Katastrophe für die besetzten Gebiete bedeuten können.

die Bewegung bis zum Grotesken und die Farbe bis zur Berausung steht. Erfreulichweise sind den alterprobten Dichtungen auch der Kindesseele congenial nachempfundenen Werke unseres Bruno Schönlank beigelegt. — Alle diese Bücher sind nicht speziell auf das proletarische Kind eingestellt, im Gegenteil, sie führen es völlig aus seiner Umgebung fort in heitere Welten, in denen man die Not nicht kennt, in denen es Schönheit und Freude die Flügel gibt. Uns fehlt noch das Arbeiterkinderbuch, das ja heilsam nicht den Kindern das Leben zu vereiteln und die Phantasie zu beschneiden braucht, aber mehr aus seinen Anschauungsformen heraus den Weg suchen möchte. Ganz in den altgewohnten Rahmen von Engeln, lieben Gott und Christkindlein bleibt „Das Märchen vom Traumengel“ von Millu Koch. Aber die auf entzückende Farbenstimmung und geschlossene Wirkung aussehenden Bilder von Julius Gamp werden auch den Gegner solcher Himmelstiteratur befriedigen.

Märchen.

An neuen Märchenbüchern scheint wenig vorzuliegen. Die meisten Verleger begnügen sich mit dem Wiederabdruck der alten Märchen. Ein bemerkenswerter Versuch mit einer neuen Form macht Wilhelm Rathjien mit seinem Märchenbuch zum Vorlesen: „Das alte Haus“ mit unwichtigen Bildern von Adolf Schinnerer (Verlag Herder u. Co., Freiburg i. Br.). Er will der kindlichen Sprache, dem kindlichen Denken zu ihrem Recht verhelfen, da die gesamte Märchenliteratur nicht geeignet ist, Kindern von 4 bis 7 Jahren wortgetreu vorzulesen zu werden. In der Tat ist es ihm gelungen, in der Sprache und Darstellungsweise des Kindes einfache, sehr artige und phantasievolle Märchen zu dichten, die die Kinder im alten Hause von der Großmutter oder auf ihren Streifereien mit Hahn, Katz und Hund, vom Ruchknacker, dem Fuchs, dem Hühnermännchen oder gar der Hege erzählt bekommen.

Märchen erzählt auch Sling in seinen Rasperbüchern: „Rasper am Rordpol, bei den Menschenfressern, beim Teufel“ (Verlag Wlstein, Berlin) und märchenhaft sind auch die höchst reizvollen farbigen Bildern Tiers dazu. Aber es sind die Märchenerebnisse eines modernen Schulmannes aus Berlin B., der auf Abenteuer ausgeht und die tollsten Dinge anstellt, vor keinem Teufel Respekt hat und die Menschenfresser furchtbar hinter sich führt. Das Mäße ist, daß dieser feste Junge, wo er auch sich rumtreibt, überall seinen Berliner Betrieb aufmacht, bei den Eskimos einen Handel und ein Gymnasium gründet.

Wie die „Cavalleria rusticana“ entstand.

Am 7. Dezember tritt Pietro Mascagni in die Reihe der Sechzigjährigen. Er war 26 Jahre alt, als ihm sein Operneinakter „Cavalleria rusticana“ einen Platz bescherte, der den bislang ganz unbekanntem Musiker über Nacht zum berühmten Mann machte und dem in dürftigen Verhältnissen lebenden Klavierlehrer ein Vermögen und eine dauernde Rente in der Schoß warf. Die „Cavalleria rusticana“, die bei ihrem Erscheinen als die Morgenröte der neuen musikalischen Epoche des Verismus stürmisch begrüßt wurde, ist Mascagnis bedeutendstes Werk geblieben. Es ward

unter Umständen geboren, anzusehen deren man sich wundern muß, daß sie die Inspiration und die Arbeitskraft des Künstlers nicht gelähmt haben.

Mascagni wollte die „Cavalleria“ in Musik setzen, um an dem von dem Musikverleger Sonzogno in Mailand ausgeschickenen Opernweitbewerb teilzunehmen. Um den Termin zum Wettbewerb nicht innehalten zu können, mußten die Librettisten ihre Arbeit in größter Eile verrichten. Mascagni, der sich damals als Dirigent des Musikvereins und als Klavierlehrer zu Cerignola (Sied) und recht durstig Leben führt, erhielt das Libretto nur bruchstückweise, man erzählt: zum Teil auf Postkarten. Das erste, was sich seiner Phantasie aufdrängte, war die musikalische Gestaltung der Schlüsszene. Ans Werk ging er erst, als ihm bei der Bekure des ersten Chores das starke Gefühl erwachte, hier einen seinem Wesen verwandten Text unter den Händen zu haben. Die ersten Ideen waren ihm am Nachmittag auf dem Wege zu einer Klavierstunde gekommen. Bei seiner Rückkehr nach Hause erklärte er seiner Frau, er werde sich diese Nacht wohl um die Ohren schlagen müssen, um zu komponieren. Aber das Schicksal wollte es anders: gerade in dieser Nacht, am 3. Februar 1890, gab Frau Mascagni einem Kinde das Leben, und der neugeborene Bote mußte seine Partitur auf vierundzwanzig Stunden beiseite legen. Aber auch dann kam die Arbeit noch nicht in Fluß. Denn Mascagni besaß kein Klavier. Er mietete sich zwar sofort ein altes Instrument, doch das traf gerade an dem Tage ein, als das Kind getauft wurde. Und dabei rückte der Termin für den Schluß des Wettbewerbs immer näher. Anmittelbar nach der Taufe eilte Mascagni ins Nebenzimmer, wo das soeben eingetragene Musikavier aufgestellt war, und schritt ans Werk, um nicht mehr zu rasten, bis er das Wort „Ende“ unter seine Arbeit setzen konnte.

Von der ersten bis zur letzten Note war die ganze Partitur in einer einzigen, ruhelosen Ekstase entstanden. Bllig erschöpft brach der Komponist am Schluß dieser gewaltigen Konzentration zusammen und in diesem Zustand verließen ihn auch Vertrauen und Zuversicht. Mit Mühe und Not nur gelang es seiner Frau, den zweifelnden Künstler drei Tage vor dem Ablauf der letzten Frist zur Absendung der Partitur zu bewegen. Einige Wochen später kam dann der Triumph. Seine „Cavalleria“ ward mit dem ersten Preis gekrönt. Die Aufführung des Werkes, das in Rom im Mai 1890 in Szene gina, machte ihm mit einem Schloge zum helden des Tages und trug ihm in der Folge auch die reich dotierte Stellung des Direktors des Vico Rossini zu Pesoro ein.

Die Not der Schriftsteller. Der Verwaltungsrat der Deutschen Schillerstiftung wendet sich mit folgendem Ruf an die Öffentlichkeit: Wir halten es für unsere unabweisbare Pflicht, auf die noch immer fehlende Not in den Kreisen der deutschen Dichter und Schriftsteller hinzuweisen. Es ist eine brennende Schande, die sich mit Würde und Fortbestehen der deutschen Kultur nicht verträgt, daß die geistigen Erzeuger der deutschen Schriftwerke in immer zahlreicheren Fällen dem Hunger preisgegeben sind. Die Gesetzgebung berücksichtigt nach wie vor jede noch so berechtigte Forderung der Schriftsteller nicht, die auf eine zeitgemäße Abänderung des Urheberrechts und Ruhrbarmachung der Werke honorarfreigemordener toter Autoren zugunsten der lebenden hinführen. Der Verlagsbuchhandel hat mit wenig rühmlichen Ausnahmen das ge-

Der „Vorwärts“ totgefagt!

Eine Bärse-Gate.

Am Donnerstagabend hatten die Berliner Zeitungskäufer eine Überraschung. Die „Berliner Bärsezeitung“, die seit kurzem in industriell-anthropologische Hände übergegangen ist, ließ sie sich den Scherz, auf ihrer ersten Seite in großer Aufmachung die Mitteilung zu bringen, daß der „Vorwärts“ wahrscheinlich zum 1. Januar eingehen würde. Die Sozialdemokratie stehe vor dem völligen Zusammenbruch, und das Abschwenken der Arbeiterschaft von ihr sei derartig vorgeschritten, daß selbst das offizielle Parteiorgan nicht mehr gehalten werden könne. Als Beweis dafür wird u. a. der Aufruf des Bezirksvorstandes Berlin zum Parteiotopfer für Berlin herangezogen.

Es bedarf kaum einer besonderen Betonung, daß die Verbreitung dieser Nachricht ein überaus leichtfertiges Manöver darstellt, für das eine bürgerliche Zeitung wahrscheinlich die Verbreiter vor den Richter ziehen würde. Der „Vorwärts“ denkt gar nicht an sein Eingehen! Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die gesamte deutsche Presse in den hinter uns liegenden Monaten durchzulasten hatte, sind selbstverständlich auch am „Vorwärts“ nicht vorübergegangen. Mit Bestimmtheit können wir jedoch feststellen, daß die schlimmsten Zeiten für die geschäftliche Seite des „Vorwärts“-Unternehmens hinter uns liegen. Aber auch in diesen schlimmsten Zeiten ist von keiner Seite daran gedacht worden, den „Vorwärts“ eingehen zu lassen, vielmehr pflegt man in solchen Situationen danach auszuschaun, wie eine Besserung erzielt werden kann. Und wir können unseren Freunden in Berlin und im Lande sagen, daß in den letzten Wochen sich bereits wieder ein erfreulicher Aufschwung der Verkaufszahl bemerkbar macht, wobei wir einschalten, daß die von der „Börsezeitung“ als „verbürgt“ angegebene Zahl von 20 000 „Vorwärts“-Abonnenten in Wirklichkeit nur einen Bruchteil unserer tatsächlichen Auflage darstellt.

Uebrigens wenn sich die Redaktion der „Berliner Bärsezeitung“ bei ihrem Verleger erkundigt hätte, so würde sie dort wahrscheinlich erfahren haben, daß die ihr angeblich getragenen Gerüchte durchaus falsch seien, daß im Gegenteil der eigene Verleger dieses Bärseblattes mit geschäftlichen Schwierigkeiten mehr als hinreichend zu kämpfen hatte. Für den „Vorwärts“ aber, den das großkapitalistische Blatt schon tot wähnt, wird das alte Wort mit Recht zur Bestätigung kommen, daß die Totgefagten recht lange zu leben pflegen.

Konflikt im Bergbau.

Ueber die Verhandlungen für den Bergbau im unbefestigten Gebiet, über die wir an anderer Stelle berichteten, erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Die Arbeitnehmerorganisationen waren grundsätzlich bereit, für eine befristete Zeit ein Ueberzeitabkommen zu treffen, wobei sie jedoch folgende Sicherungen von den Arbeitgebern verlangen mußten: Während der Dauer der Ueberarbeit keine Entlassungen vorzunehmen; bei eintretendem Abnahmangel Stundung des Abkommens, und während der Dauer des Abkommens keine Kündigung der Tarife, Arbeitsordnungen und Richtlinien für Betriebsräte.

Die Arbeitgeber erklärten hierzu, daß sie bereit seien, die erfolgten Kündigungen der Tarife zurückzunehmen, wenn ein Ueberzeitabkommen abgeschlossen werde. Sie müßten sich jedoch vorbehalten, auch während der Ueberzeitarbeit eine Kündigung der Tarife auszusprechen zu können. Eine Verpflichtung, bei eintretendem Arbeitsmangel und eventueller Einlegung von Feierschichten in eine Stundung des Abkommens einzuwilligen, wollten sie nicht übernehmen. Zu Punkt 1 gaben die Arbeitgeber noch die Erklärung ab, daß ihrerseits keine Absicht vorliege, Entlassungen vorzunehmen. Außerdem verlangten die Arbeitgeber die Befestigung des Grundlohnes, des Mindestlohnes für Gedingearbei-

rechte Empfinden für die Rot derjenigen, mit deren geistigem Kapital er arbeitet, vermissen lassen. Auf Grund eines unbewußten Abrechnungsverfahrens, das nach Wochen, ja Monaten gänzlich entwertete Beträge liefert, wurde diesen Schriftstellern ihr knapper Verdienst gekürzt. Mit Anspannung ihrer Mittel und Kräfte vermag die Schillerstiftung, seit über 80 Jahren zum Wohle bedrängter deutscher Dichter und deren Hinterbliebenen wirkend, die immer dringenderen Hilferufe ihrer Schicksalsgefährten kaum mit bescheidenster Hilfe zu beantworten. Entsetzt richtet sie an die öffentlichen Stellen und alle Freunde der deutschen Literatur die eindringliche Bitte, ihr in ihrem Hilfswort beizustehen. Spenden nimmt die Zentralkasse der deutschen Schillerstiftung, Konto: Bank für Thüringen normals B. R. Strupp-Weimar, Postfachkonto Erfurt 25 778 entgegen.

Jahresversammlung des Bühnenvolksbundes. Die Jahresversammlung des Bühnenvolksbundes, die in Frankfurt a. M. abgehalten wurde, zeigte, daß die christlich-nationalistische Theaterbewegung trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse weiterschreitet. Zum Präsidenten wurde Professor Dr. Dross-Bonn, zum stellvertretenden Konzeptionsrat Dr. Kayser-Frankfurt a. M. gewählt. Die Zentralkasse befindet sich in Frankfurt a. M. Der Bund erhält im ganzen Reich 10 Landesgeschäftsstellen und etwa 30 Ortsausschüsse und Theatergruppen. Ihm ist die Arbeitsgemeinschaft deutscher Heimatspiele, ein eigener Verlag, eine Vertretungsstelle für dramatische Werke angegliedert, ebenso drei wandernde Spielgruppen. Außerdem ist er an 10 gemeinnützigen Theaterunternehmungen als Gesellschafter beteiligt.

Eine Nachricht von Amundsen's Schiff. Als Amundsen am 28. Juli 1922 sein Schiff „Maud“ bei Point Barrow, dem nördlichsten Punkt von Alaska verließ, um den Versuch zu machen, nach dem Nordpol zu fliegen, wurde dem Schiff die Aufgabe gestellt, sich durch das Polarmeer treiben zu lassen. Amundsen hat seitdem seinen Flugplan aufgegeben und befindet sich jetzt in Norwegen, wo er einen neuen Planversuch nach dem Nordpol vorbereitet. Das Schiff aber verfolgt unter Kapitän W. F. B. seinen Weg, und man rechnet damit, daß es 5 Jahre dazu brauchen wird. Bisher waren zwei drabkale Mitteilungen von der „Maud“ zu uns gekommen, eine vom Dezember 1922, in der mitgeteilt wurde, daß das Schiff 74° 2' nördlicher Breite erreicht habe, und eine andere Mitteilung vom März 1923, in der Kapitän Wilting erklärte, die Treibfahrt sei ziemlich enttäuschend aber alles befände sich wohl. Nun wird aus Kristiania gemeldet, daß ein drittes drabkales Telegramm von der „Maud“ über Spitzbergen eingetroffen ist, in dem der Tod des Ingenieurs Spertsen nach einer Krankheit von einem Monat am 10. Juli gemeldet wird. Ueber den gegenwärtigen Aufenthalt der „Maud“ ist darin nichts gesagt.

Vorträge. Freitag, 6.30 Uhr, findet in der englisch-amerikanischen Vortragsreihe des Seminars ein Vortrag des Schottischen Journalisten Healer über die brennende politische Persönlichkeiten im heutigen England und über die englischen Wahlen statt. — Am Sonnabend 7 1/2 Uhr findet der dritte öffentliche Vortrag in diesem Wintersemester in der Preussischen Akademie der Wissenschaften, unter dem Vizepräsidenten Prof. Dr. Sch. Rappolt über das Thema „Napoleon der I. und Alexander von Rußland“.

ter bzw. deren Reduzierung und eine stärkere Differenzierung der Löhne innerhalb der einzelnen Gruppen.

Die Arbeitnehmerorganisationen hingegen verlangten, daß 1. Tariflöhne als Mindestlöhne grundsätzlich von den Arbeitgebern anerkannt werden müßten und in besonderen Fällen, wo Leistung oder die Schwere der Arbeit in Frage kam, über den Tariflohn hinaus gezahlt wird; 2. für Hauzer der tarifmäßige Schichtlohn gilt. Im Bedinge oder Afford arbeitende Hauzer erhalten einen Zuschlag von mindestens 10 Proz.

Ueber die letzten Forderungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde nach längeren Verhandlungen ein Schlichtungsausschuß unter dem unparteilichen Vorsitzenden Staatssekretär Dr. Albert gebildet. Zu einer Verständigung kam es jedoch auch hier nicht. Die Arbeitnehmervertreter lehnten eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses in der Frage der Ueberarbeitszeit aus sachlichen Erwägungen ab. Sie erklärten, daß bei Erledigung der übrigen Streitpunkte eine Verständigung das einzige Mittel zur Durchführung eines solchen Abkommens sei. Nach einer Erklärung der Arbeitgeber, daß sie auf der Erfüllung der von ihnen vorgetragenen Forderungen bestehen müßten, kamen die Verhandlungen dann zum Stillstand. Der Schlichtungsausschuß erklärte daraufhin die Verhandlungen als gescheitert.

Die Arbeitgebervertreter sprachen zum Schluß die Absicht aus, nunmehr die in der Vorwoche durch Schiedspruch festgesetzten Löhne nicht in der vollen Höhe zur Auszahlung zu bringen, sondern nur, soweit diese in Goldmark festgesetzt seien.

Mit einer lebhaften Beunruhigung der Belegschaften in den Bergbauverleihen ist in den nächsten Tagen bestimmt zu rechnen. Die Schuld daran ist bei den Arbeitgebern zu suchen, die den sachlichsten Forderungen der Arbeitnehmer ablehnend gegenüberstehen. Sie wollen es augenscheinlich zum Konflikt treiben.

Opposition gegen Kahr.

Der zweite Tag der Aussprache im Ständigen Ausschuß des bayerischen Landtags war eine interessante Belastungsprobe für das System Kahr. Die bürgerlichen Parteien hatten das Wort, und es zeigte sich, daß keiner ihrer Vertreter sich uneingeschränkt hinter Kahr zu stellen wagte. Während der Vertreter der Demokraten noch den Mut fand, das Rind beim rechten Namen zu nennen, schloß man weiter rechts zwar auf Summifohlen an den Gesichtspunkt heran, aber es machte sich doch deutlich bemerkbar, wie unbequem und unbeliebt allenthalben der Mann ist, dem man die Geschicke des zweitgrößten deutschen Landes anvertraut hat. Es will immerhin etwas heißen, wenn der Führer der Bayerischen Volkspartei und Vater des Generallandtagskommissariats leise tabelnd an dem bayerischen „Bismarck“ Kritik übt und eine Abkehr von der ungesunden Entwicklung Bayerns, für die Kahr nicht zum kleinsten Teil die Verantwortung trägt, wünscht. Es spricht Bände, wenn selbst der Führer der Deutschen nationalen in Bayern sich gegen die tolle Anrechnung der sozialdemokratischen Presse durch Kahr erklären muß. So die Haltung der bayerischen Regierungsparteien. Vergleicht man sie mit der Haltung auch nur der bürgerlichen Regierungsparteien in Preußen dem Kabinett Braun-Severing gegenüber, so erkennt man deutlich die Ueberheblichkeit der bayerischen Marxisten und nicht zuletzt die Unversämlichkeit der Deutschen nationalen, die Landtagsauslösung und Regierungsturz ausgerechnet in Preußen verlangen.

München, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem mitteilungslosen, mit einem gehäufte Material belegten Antrage der Sozialdemokratie gegen das System Kalling hielt sich die Fortsetzung der politischen Aussprache in der heutigen Sitzung des Ständigen Ausschusses in sehr bescheidenen Grenzen. Einiges Interesse erweckte noch die Abwehr der Kahr-Diktatur durch die Demokraten, deren Redner, der Abg. Müller-Hof, scharfe Kritik an dem Sozialistengesetz und der Justizvorsorge des Herrn v. Kahr übte. Die Art und Weise, wie Kahr einseitig Politik gemacht und die Presse getrieben habe, sei geradezu unerträglich. Aus der Person dieses Generallandtagskommissars seien auch zwangsläufig alle Konflikte mit dem Reich entsprungen, wobei Bayern mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung einen unerhörten Mißbrauch getrieben habe. Daß man in Bayern überhaupt einen Generallandtagskommissar braucht, sei ein trauriger Verzicht auf die eigene Gewalt gegenüber der Politik der Straße. Eines der traurigsten bayerischen Kapitel, das die russischen Zustände weit hinter sich gelassen habe, sei die politische Zerlegung auf den Hochschulen; wenn dieses Verbrechen nicht abgestellt wurde, komme zweifellos ein neuer, aber besser organisierter Aufstand. Die Demokraten wünschten insbesondere Auskunft über das famose Rundtelegramm Lassows und auch darüber, wie weit Kahr als Inhaber der höchsten Gewalt in den Verfallenen vom 8. November gemeinsame Wege gegangen sei.

Die Rede des Führers der Bayerischen Volkspartei Heide interessierte weniger durch ihren Inhalt als durch den auffallenden Ton der Mäßigung und Versöhnung. Heide, auf dessen Initiative am 28. September die Einrichtung des Generallandtagskommissariats zurückzuführen ist, verteidigte wohl im allgemeinen Kahr, schloß sich aber auch nicht, einige der politischen „Taten“ des Generallandtagskommissars zu mißbilligen. So u. a. sein Versuch, politische Klagen und Meinungen mit Gewalt auszurotten. Im Falle Lassow schloß Heide die ganze Schuld auf den Reichswehrminister und den General v. Seekt, die durch ihre Ignorierung der bayerischen Regierung diesen Konflikt erst geschaffen hätten. Den Schluß der Rede bildete eine Parabel, die den kürzlichen Ausführungen seines Parteifreundes Reichert im Reichstag, indem Heide freiwillig die Hoffnung aussprach, daß die ungesunde Entwicklung, die Bayern in der letzten Zeit erlebt habe, nicht mehr weiterstehe. Das ist also das Ende der seit dem Repp-Buch mit so viel Klame errichteten bayerischen „Ordnungszeile“. Abgeordneter Hilpert (Mittelpartei) bezeichnete den im Bürgerbräu unternommenen Versuch einer Absehung der Reichsregierung als Karneval. Seine Partei lehne es jedoch ab, Bayern als Kolonialland von Berlin anzuerkennen. Der Redner sprach sich schließlich gegen generelle Zeitungserbote aus. Abgeordneter Staebele (Bauernbund) setzte sich dafür ein, daß das Generallandtagskommissariat keine dauernde Einrichtung werden dürfe. — Hierauf wurde die Weiterberatung auf Freitag verlegt.

Die Not in Schlesien.

Breslau, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstagsvormittag kam es in Breslau zu Plünderungsversuchen einiger Gruppen jugendlicher Erwerbsloser, die jedoch von der Schutzpolizei rasch und ohne Blutergießen zerstreut wurden.

Die tschechische Regierung hat reichsdeutschen Einkäufern neuerdings die Grenzüberquerung erleichtert und gestattet, persönlich oder in Postpaketen Lebensmittel nach Deutschland zu senden. Patete bis 5 Kilogramm sollen keiner amtlichen Bewilligung bedürfen, falls die Sendungen nur wöchentlich einmal erfolgen. Frei zur Ausfuhr sollen sein Kunststoffe, Milch, Konserven, Zucker, Fleisch, Brot und Gebäck.

Erwerbslosendemonstrationen.

Dresden, 6. Dezember. (W.B.) Heute nachmittag zog nach Abhaltung einer Versammlung von Erwerbslosen im Kristallpalast eine Gruppe von Demonstranten in geschloffenem Zuge nach dem Stadlinnern. Am Wiener Platz kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die die Menge auseinandertrieb und den Hauptbahnhof vorübergehend besetzte. Ein Polizeibeamter wurde nicht unerheblich verletzt. Gegen Abend wurde in Dresden die Ruhe wiederhergestellt. Auch anderwärts fanden Unruhen statt, so in Niederfieditz und Pina.

Adm, 6. Dezember. (W.B.) Als die Polizei heute vormittag gegen die Plünderer vorgehen wollte, die, wie bereits gemeldet, mehrere Geschäfte ausgeraubt hatten, wurden die Beamten von der Menge angegriffen, so daß sie von der Schutzwaffe Gebrauch machen mußten. Drei Plünderer wurden schwer, zwei leicht verletzt. Etwa vierzehn Personen wurden wegen Plünderens festgenommen.

Dresden, 6. Dezember. (W.B.) Das Wehrkreiskommando IV setzt heute die Richtigeinstellungen der von sächsischen Ministern und Abgeordneten gegen die Reichswehr erhobenen Beschuldigungen fort und teilt mit, daß es das Material zur Verfolgung der gegen die Truppe erhobenen Anklagen der Staatsanwaltschaft zur Ermittlung übergeben wird.

Kommunistische Sprenglager.

Verhaftungen in Berlin.

Die Berliner Polizei hat in den letzten Tagen mehrere Sprenglager der kommunistischen Partei beschlagnahmt. Bei dieser Gelegenheit gelangte sie in den Besitz von Material, aus dem sich ergab, daß das Sprengpulver zur Fertigstellung von Handgranaten und Bomben Verwendung finden sollte. Die auf Grund dessen fortgeführten Untersuchungen führten zur Verhaftung mehrerer kommunistischer Arbeiter in den Betrieben der A.G., Berlin, Huttenstraße. Diese Arbeiter fertigten ohne Wissen der Direktion Handgranaten und Sprengbomben an. Verhaftungen in anderen Betrieben stehen aus dem gleichen Grunde bevor.

Auch Angehörige rechtsradikaler Kreise sind von der Berliner politischen Polizei festgenommen worden, da sie im Verdacht stehen, sich mit der Aufstellung militärischer Organisationen befaßt zu haben. Am ganzen wurden 60 Personen festgenommen, von denen bisher 51 wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind, während 9 der Verhafteten, größtenteils junge Leute und zum Teil ehemalige Offiziere, dem Vernehmungsrichter vorgeführt worden sind. In den Wohnungen der betreffenden Personen wurden Hausdurchsuchungen abgehalten, bei denen zahlreiche Schriftstücke, Listen usw. beschlagnahmt wurden.

Die Industriellen beugen sich.

Neue Verträge mit der Ricum.

Paris, 6. Dezember. (W.B.) Nach einer Havas-Nachricht aus Düsseldorf hat die Ricum gestern ein Abkommen mit den Firmen Röhner, Wülheimer Bergwerksverein, Rombacher Hütte, Hercules 3 und Rosterbusch abgeschlossen, deren Gesamtproduktion sich nach der Meldung auf etwa vier Millionen Tonnen jährlich beläuft und die etwa 4 Millionen Dollar Kohlensteuer zu zahlen haben.

Frankfurt a. M., 6. Dezember. (W.B.) Die Stadtverwaltung von Mainz ist durch den französischen kommandierenden General beauftragt, die Geschäftssteuer davon zu befreien, daß es bei hohen Geldstrafen verboten ist, die Preisauszeichnung anders als in Reichsmark vorzunehmen. Die Reichsmark sei das einzige gesetzliche Zahlungsmittel im besetzten Gebiet und die Anwendung des Multiplikators biete die Möglichkeit, sich gegen Kurschwankungen zu sichern.

Separatisten im Saargebiet.

Saarbrücken, 6. Dezember. (W.B.) Wie die „Saarbrücker Zeitung“ meldet, weisen seit einigen Tagen drei führende Persönlichkeiten der separatistischen Bewegung aus Kreuznach bzw. aus dem Elß im Saargebiet. Es sei anzunehmen, daß ihr Aufenthalt mit der separatistischen Bewegung im Zusammenhang stehe, die von dem sogenannten Saarbund gefördert werde.

Der französische Wiederaufbau.

Paris, 6. Dezember. (W.B.) In einer von Havas veröffentlichten amtlichen Verlautbarung über den Stand des Wiederaufbaus in den zerstörten Gebieten und die Kreditanforderungen im Haushalt 1924 heißt es: Zurzeit seien von 22 900 vom Feind zerstörten und beschädigten Fabriken 20 000 wiederhergestellt. Es seien 2 912 000 Hektar zerstörten Bodens wieder angebaut, d. h. 88 Proz. der zerstörten landwirtschaftlichen Fläche. Schließlich seien 538 000 Häuser wiederhergestellt. Allerdings seien 143 000 Häuser noch aufzubauen, aber schon jetzt besitze das Gebiet wieder seine normale Bevölkerung. Bis 31. Dezember des laufenden Jahres würden für die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Zerstörungen 46, für die Personenschäden 33 Milliarden Franken verausgabt sein. Man löse so zu dem Gesamtbeitrag von 100 Milliarden, welchen der französische Export und Steuerzahler in verschiedener Form dem Staat dargebracht habe. Für 1924 würden die Verpflichtungen des Staates nach den zurzeit vorliegenden Anforderungen sich auf 18 Milliarden belaufen, von denen 9 Milliarden für die Regelung der Kriegsschäden bestimmt seien.

Paris, 6. Dezember. (W.B.) Die Kammerausschüsse für Finanzen und für auswärtige Angelegenheiten nahmen in gemeinsamer Sitzung Erklärungen Poincarés über die beschuldigten und von der Kammer bereits bewilligten französischen Kredite an Polen und Länder der kleinen Entente entgegen. Das „Deuure“, das als einziges Blatt über die Sitzung sensationell berichtet, stellt fest, daß es zu lebhaftem Widerspruch gegen die Anleihe gekommen sei, die zum mindesten inappropria sei. Diese Kredite seien der Hauptgrund dafür, daß die Vereinigten Staaten die Rückzahlung der französischen Schuld verlangten. Der Finanzausschuß hat gestern nur die Kredite für Polen und Südfinland bewilligt und wird in einer nächsten Sitzung über den Kredit für Rumänien beraten. Nach dem „Deuure“ spricht man auch von einer ungarischen Anleihe und von anderen, die folgen würden. Der Berichterstatter selbst habe erklärt, es handle sich nicht um 800 Millionen, sondern 1400 Millionen.

Vereinigung aller Sozialisten Polens.

Warschau, 6. Dez. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Deutsche Rundschau in Polen“ meldet, ist ein gemeinsamer Sejm-Klub der sozialistischen Parteien aller Nationalitäten Polens in Glatz besprochen. Von den deutschen Abgeordneten und Senatoren sollen Pantray-Bromberg, Berbe-Lodz und Kronig-Lodz dem Klub beitreten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Friedensgehälter der Beamten.

Die Regierung bemüht sich, die Lohnpolitik der privaten Unternehmer, den Goldlohn so tief wie möglich unter den Friedensstand zu halten, auch auf ihre Beamtenbesoldung anzuwenden. So hat sie z. B. für Gruppe I 570-772 M., für Gruppe III 606-830 M., für Gruppe V 1012-1234 M., für Gruppe VI 1122-1194 M., für Gruppe VII 1280-1860 M. und für Gruppe VIII 1820-2360 M. vorgeschlagen. Wie bei den Arbeitern, sind aber auch bei den Beamten vor dem Kriege erheblich höhere Löhne gezahlt worden. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Beamtengehälter besonders vor dem Kriege immer hinter der tatsächlichen Leistung zurückblieben und kaum zum Unterhalt reichten. Diese Sachlage hätte die Regierung veranlassen sollen, die neuen Goldlöhne dem Niveau von 1914 anzupassen. Gefordert wurde von den Beamten für Gruppe I 986-1332 M., für Gruppe III 1200 bis 1556 M., für Gruppe V 1524-2028 M., für Gruppe VI 1716 bis 2292 M. und für Gruppe VII 1980-2616 M. Da die Preise gegenüber dem Frieden sich heute teilweise noch immer auf einer doppelten bis dreifachen Höhe halten, können die Forderungen der Beamten nur als angemessen, wenn nicht als bescheiden bezeichnet werden. Sie sind kein Ausgleich mit der bestehenden Leistung. Gerade diesem Argument muß eine Regierung Rechnung tragen, die Staat und Nationen wieder aufbauen will und dazu eine Beamtenbesoldung nötig hat, die mit Lust und Liebe mitarbeitet. Von einer unzufriedenen und hungerrnden Beamtenbesoldung kann man das nicht verlangen!

Gestern nachmittag begannen im Finanzministerium die Verhandlungen zwischen Regierung und Spitzenorganisationen über die Feststellung der Goldlöhne. Abends 8 1/2 Uhr dauerten die Verhandlungen fort.

Hierzu wird uns aus Beamtenkreisen gefürchtet:

Durch den „Demokratischen Zeitungsdienst“ sind Angaben über die Friedensgehälter der Beamten verbreitet worden, die, soweit die Gruppen I bis IX in Frage kommen, völlig unzutreffend sind. Für diese Gruppen sind die Vergleichszahlen nicht, wie angegeben, dem Stande der Besoldungsgeleiherung von 1918, sondern dem von 1908/9 entnommen, wobei dem Verfasser offenbar die im Jahre 1923 vorgenommene Wenderung des Besoldungsgeleiheres von 1908/9 entgangen ist. Als Beispiel möge folgende Gegenüberstellung der Gruppen III, V und VII dienen:

	Nach dem Demokrat. Zeitungsdienst	Nach dem Bes.-Gef. 1918
III (Schaffner)	1100-1500	1200-1800
V (Hilfsbeamten)	1100-1800	1500-2200
VII (Oberleit. fr. Oberoff.)	1650-8000	1800-8600

Nach der Gegenüberstellung des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ kommt für die Beamten der Gruppe VI bei dem Regierungsvorschlag eine Verbesserung gegenüber dem Friedensgehälter heraus, während in Wirklichkeit das Regierungsangebot für die Besoldungsgruppen I bis VI eine Schlechterstellung gegenüber den Friedensgehältern von 30-58 Proz. bedeutet. Durch solche unzutreffenden Gegenüberstellungen wird naturgemäß neue Barmirung in die aufgeregten Beamtenkreise hineingetragen, die die Tendenz herausheben, in der unteren und mittleren Beamtenbesoldung einen möglichst geringen Unterschied zwischen Regierungsangebot und Friedensgehälter herauszustellen und so diesem Angebot, das allgemeine Erregung auslöst, Boden zu gewinnen.

Protestkundgebung im besetzten Gebiet.

In der neuen großen Messehalle in Köln hatten sich am Mittwoch Tausende von Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten aller Behörden mit Beamtenabteilungen des besetzten Gebietes

vereint, um erneut Protest gegen die unzulängliche Besoldung zu erheben. In der von etwa 6000 Besoldungseinstimmig angenommenen Entschliessung wird darauf hingewiesen, daß der zurzeit vom Statistischen Amt Köln errechnete Mindestbedarf für eine vierköpfige Familie 23 Billionen Mark höher sei als die Gesamtbesoldung eines Beamten der Gruppe 13. Die Besoldung reicht einen letzten Notschrei an die Regierung, lehnt die Verantwortung für alle etwaigen Folgen, die aus weiterem kurzfristigen Verhalten der Regierung entstehen könnten, ab und erklärt, der Beamten- und Angestelltenbesoldung des besetzten Gebietes tut es leid, aus der Reichshauptstadt Besprechungen und Vorträge zu hören für die an den Tag gelegte Standhaftigkeit der Beamten und Bevölkerung. Im Gegensatz zu den versprochenen Taten der Regierung stellt die Versammlung fest, daß den zur Einsicht gelangten Vertretern der Kölner Behörden trotz aller Mahnungen von der Regierung verboten worden ist, helfend einzugreifen. Die gesamte Angestellten- und Beamtenbesoldung, von der verlangt wird, daß sie ihre ganze Kraft und Freiheit in den Dienst des Staates stellt, verlangt, daß sofort durchgreifende Abhilfe geschaffen wird, andernfalls sie die Verantwortung für das vorzustehende Chaos auf diejenigen abwälzt, die in der Stunde der höchsten Not das Schlimmste, den Hunger, abzuwenden, unterlassen haben.

Um die Ueberschichten im Bergbau.

Am Mittwoch und am Donnerstag verhandelten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Reichsarbeitsministerium über ein Ueberschichtenabkommen für den Steinkohlenbergbau im unbesetzten Gebiet. Die Arbeitnehmer waren durch die Organisation der Bergarbeiter, der Maschinenisten und Heizer und der Metallarbeiter vertreten. Von den Arbeitgebern wurde täglich eine Stunde Ueberschicht gefordert. Sie erklärten gleichzeitig, im Falle einer Einigung die erfolgten Kündigungen der Tarifverträge zurückzunehmen. Da über einzelne Streitpunkte keine Einigung erzielt werden konnte, trat am Donnerstagabend ein Schiedsgericht zusammen, das bis Freitag eine Klärung herbeiführen soll. Am Freitag begannen die Verhandlungen über ein Ueberschichtenabkommen im Braunkohlen- und im bayerischen Bergbau.

Die Verlängerung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau veranlaßt auch die oberschlesischen Gruben zu einem ähnlichen Vorstoß. Von den oberschlesischen Grubenherren wird eine zehnstündige Arbeit über Tage und eine achtstündige Arbeit unter Tage verlangt. Sie rechnen von vornherein nicht mit der Zustimmung der Gewerkschaften, sondern kündigen bereits an, diese Forderung auch gegen den Widerstand der Arbeiter durchzuführen zu wollen. Schon in den Verhandlungen der letzten Zeit sind die oberschlesischen Unternehmer des Bergbaues sowohl bei Lohn- wie bei sonstigen Arbeiterfragen so engstirnig wie nur möglich gewesen, weil sie offenbar damit rechnen, daß die Arbeiterschaft zurzeit einen längeren Streik nicht durchführen könne.

Ein unmöglicher ortsbühler Tagelohn.

Das Versicherungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Das Oberversicherungsamt Berlin hat mit Wirkung vom 8. Dezember ab den Ortslohn - ortsbühler Tagesentgelt gewöhnlicher Tagelöhner - für den Bezirk der Stadtgemeinde Berlin wie folgt festgesetzt:

Nür männliche Personen:	Nür weibliche Personen:
Ab 21 J. u. 18-21 J. u. 14-16 J.	Ab 21 J. u. 16-21 J. u. 14-16 J.
2,50 M. 2,20 M. 1,50 M.	1,50 M. 1,50 M. 1,20 M.

Diese Beträge gelten als Grundbeträge. Der mit Wirkung vom Montag jeder Woche ab festzusetzende Ortslohn wird errechnet durch Multiplikation dieser Grundbeträge mit der vom Statistischen Reichsamt fortlaufend veröffentlichten, auf hundert Tausend nach oben abgerundeten Reichsreichszahl (Reichsindexziffer) der Lebenshaltungskosten der vorhergehenden Woche.

Dieser „ortsbühler Tagesentgelt“ von 2,50 M. für Arbeiter über 21 Jahre bei einer Leistung von 151,5 Proz. nach der letzten Reichsindexziffer kommt einem Friedenslohn von

M. 1,60 pro Tag gleich. Ein solches Trinkgeld als ortsbühler Tagesentgelt für Berlin zu bestimmen ist einfach ein Skandal, der nicht gebildet werden darf.

Lohnbewegung im Einzelhandel.

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin fällt für die Angestellten einen Schiedspruch, und zwar einstimmig, der in den Gruppen I bis 4 Höchstgehälter für männliche Angestellte von 140, 200, 250, 325 M. vorseht. Trotz des einstimmigen Schiedspruches, an dem auch Arbeitgeber des Einzelhandels beteiligt waren, haben die Arbeitgeber den Schiedspruch abgelehnt. Die Verhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar haben zu einer Verständigung nicht geführt, weil die Arbeitgeber Gehaltsföher nur bis zu 250 M. zugestehen wollten. Die Angestellten waren bereit, sich auf einer Grundlage zu verständigen, die in der Spitze 300 M. festlegte. Nachdem die Arbeitgeber sich dazu nicht erklären konnten, hat der Zentralverband der Angestellten seinen letzten Vorschlag zurückgezogen und im Gemeinschaft mit anderen Organisationen die Verbindlichkeits-erklärung beantragt. Der Demobilmachungskommissar hat jetzt das Wort. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als diesen einstimmigen Schiedspruch verbindlich zu erklären, andernfalls ist ein wirtschaftlicher Kampf von großem Ausmaß unvermeidlich.

Der vom Schlichtungsausschuss gefällte Schiedspruch für die Handels- und Hilfsarbeiter, welcher für den Besigen einen Lohnsatz von 23 M., für den Verbeirateten ohne Kinder 29 M., für den Verbeirateten mit Kindern 30 M. vorseht, ist von beiden Parteien abgelehnt worden.

Die am Mittwochabend geführten Verhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar führten zu einer Verständigung, nachdem die Arbeitgeber erklärt hatten, daß sie den Schiedspruch annehmen. Die Lohnvereinbarungen haben Geltung bis zum 28. Dezember 1923. Als Abgeltung für den Uebergang von der Papiermark zum Goldlohn sind die von der Einzelhandelsgemeinschaft anzuwendenden Vorschlagszahlungen für die Zeit vom 1. bis 7. Dezember anzusehen. Tarifverträge sind gegen Vorzeigung des Mindestbuchs im Bureau des Deutschen Verlehrsverbandes, Engelauer 24-25, Zimmer 26, erhältlich.

Für die kaufmännischen Angestellten in der Margarine-Industrie ist die Schlüsselzahl am 8. Dezember auf 551 Milliarden festgelegt worden. In der Brauindustrie kommen in dieser Woche für die kaufmännischen und technischen Angestellten 25 Proz. des Novembereinkommens zur Auszahlung. Die Novembergehälter in der Holzindustrie betragen das 178fache der Oktobergehälter. Bis hierher nur 168 Oktobergehälter a Konto November gezahlt sind, sind die restlichen 10 Oktobergehälter unverzüglich nachzuschicken.

Die mit dem Arbeitgeberverband der Kartonnagenbranche geführten Verhandlungen betreffs Festlegung der Dezembergehälter auf Goldbasis sind gescheitert. Der Zentralverband der Angestellten hat daher sofort den Schlichtungsausschuss angerufen, der einen Schiedspruch zu fällen hat. Im übrigen hat der Arbeitgeberverband Anweisung gegeben, daß eine Monatszahlung zu leisten ist, und zwar in Höhe eines Viertels der von ihm einseitig festgesetzten folgenden Dezembergehälter: Gruppe A: 60 bis 90 Goldmark, Gruppe B: 80 bis 116 Goldmark, Gruppe C: 90 bis 132 Goldmark.

In der Sattlerwarenindustrie ist der Schiedspruch von den Unternehmern abgelehnt worden. Es finden nunmehr am Freitagvormittag neue Verhandlungen statt, über deren Ergebnis nachmittags von 4-8 Uhr im Bureau Zukunft ermittelt wird. Führen diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis, so entscheidet am Sonnabend der Demobilmachungskommissar.

Zentralverband der Angestellten. Föherung! Sehen! Sehen! Die Funktionärverammlung für heute findet um 7 1/2 Uhr, Sonntag um 4 Uhr im Ortsbureau des D. A. B. statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tarifverhandlungen. 2. Die Tariffrage im Zeitungsgewerbe. Mitgliedsbuch und Funktionärverammlung legitimieren.

Bezieh. Goldmark: Arbeiter-Verband, Heimen- und Goldbleiben-Brande. Frauensammlerorganisation heute abends 8 Uhr bei Frau. Wandertag. 2.

Beamtensitz für Politik: Stadt Ratler; Wirtschaft: Arthur Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schillemann; Salates und Gedichtes: Fritz Harldt; Angeler: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin G. B. 68. Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage.

Zeichnung

auf

Wertbeständige mündelsichere 5% Roggenwertanleihe des Freistaates Preußen von 1923

— Tilgung vom Jahre 1928 ab mit jährlich mindestens 1% zusätzlich ersparter Zinsen —
— Verhärtete Tilgung und Gesamtlöschung bis 1930 ausgeschlossen —
— Zins keine fällig am 2. Januar und 1. Juli, erstmalig am 1. Juli 1924 —

Zeichnungsfrist: vom 7. bis 14. Dezember d. Js.

Früherer Zeichnungsschluss bleibt vorbehalten.

Stücke zu 1, 5, 10 und 50 Zentnern.

Verzinsung und Tilgung in deutscher Reichswährung zu dem an der Berliner Börse amtlich notierten Preise für märkischen Roggen.

Zeichnungen werden von den unterzeichneten Banken und Banfirmen, deren sämtlichen Niederlassungen und Depostenkassen entgegengenommen und können auch bei allen übrigen deutschen Banken und Bankiers sowie bei den Sparkassen, Giro-Zentralen und Kommunalbanken erfolgen.

Der Zeichnungspreis wird berechnet nach dem letzten amtlichen Kurse an der Berliner Börse für die 5% Preußische Roggenwertanleihe vor dem Tage des Eingangs der Zeichnung bei der Zeichnungsstelle mit einem Abschlag von 5%, und ist sogleich bei der Zeichnung einzuzahlen.

Die gezeichneten und vollgezählten Beträge gelten als voll zugeteilt, sofern die Zeichnung nicht vor Eingang der Anmeldung bereits vorzeitig geschlossen war. Die Zeichner erhalten zunächst Rassenquittungen, gegen deren Rückgabe die endgültigen Anleihestücke baldigst angehändigt werden. Ein Schlusscheinstempel ist von dem ersten Erwerber nicht zu entrichten.

Die Anleihe ist an den Börsen zu Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg sowie an einigen weiteren deutschen Hauptbörsenplätzen eingeführt und wird dort gehandelt und notiert. Der jetzt zur Ausgabe gelangende Anleihebetrag ist daher nach Fertigstellung sogleich im Börsenhandel lieferbar.

Ausführliche Prospekte sind bei den Zeichnungsstellen erhältlich.

Berlin, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Königsberg i. Pr., Leipzig, Mannheim, München, Stuttgart, im Dezember 1923.

Preußische Staatsbank, (Gesetzgebung)	Berliner Handelsgesellschaft, (Gesetzgebung)	S. Bleichröder, (Gesetzgebung)	Commerz- und Privatbank, Allien-Gesellschaft
Darmstädter und Nationalbank, Kassanbitt-Gesellschaft auf Aktien	Deutscher Reichsbank & Co., (Gesetzgebung)	Deutsche Bank, (Gesetzgebung)	
Deutsche Giro-Zentrale, Direction der Disconto-Gesellschaft	Dresdner Bank, (Gesetzgebung)	J. Dreyfus & Co., (Gesetzgebung)	
Harb & Co., G. m. b. H., (Gesetzgebung)	F. W. Krause & Co., Bankgeschäft	Mendelssohn & Co., (Gesetzgebung)	
Mitteldeutsche Creditbank, (Gesetzgebung)	Preussische Zentral-Großhandelsbank, (Gesetzgebung)	Simon Hirschland, (Gesetzgebung)	
Cayard Speyer-Güllsen, (Gesetzgebung)	Jacob H. S. Stern, (Gesetzgebung)	L. Behrens & Söhne, (Gesetzgebung)	
Norddeutsche Bank in Hamburg, (Gesetzgebung)	Verelnsbank in Hamburg, (Gesetzgebung)	M. M. Warburg & Co., (Gesetzgebung)	
H. Schaaffhausen'scher Bankverein H. G., (Gesetzgebung)	H. Levy, (Gesetzgebung)	Sal. Oppenheim jr. & Co., (Gesetzgebung)	
Ostbank für Handel und Gewerbe, (Gesetzgebung)	Allgemeine Deutsche Creditanstalt, (Gesetzgebung)	Rheinische Creditbank, (Gesetzgebung)	
Bayerische Staatsbank, (Gesetzgebung)	Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, (Gesetzgebung)	Bayerische Vereinsbank, (Gesetzgebung)	
Württembergische Vereinsbank, (Gesetzgebung)			1924

Größte Spez.-Fabrik

Seifensieder

Diese Woche großer Weihnachtsverkauf

Zu diesem stellen wir enorme Mengen Ware von hochwertiger Qualität zum Verkauf bevor Sie Ihre Weihnachtswäsche erledigen. Überzeugen Sie sich, bitte, von der Güte und Preiswürdigkeit unserer Artikel! Sämtliche fertigen Waren sind in unserer eigenen Fabrik hergestellt. Wir legen ganz besonderen Wert auf allerbeste Verarbeitung.

Unser gutes Renommee bürgt für beste Bedienung!

Kaufverlecherung durch Anzahlung!

Bei Bezahung in wertbeständigem Geld 20 Prozent Rabatt!

Deckbettzüge a. pa. Lino, Ranfoco Goldmark	5,65	7,55	10,45	12,50
Bettlaken a. pa. Hasenohr, Dowla, Halblein, Reblin	3,70	5,05	6,70	8,75
Inlette am (eodertüchten und farbbedient Körper)	9,33	14,30	20,90	29,40
Überschlaglaken mit herrlichen Garnierungen	11,40	15,60	25,65	
Überschlaglaken aus pa. Halb-, Reblin und Mako, allerfeinste Handarbeit				
Hierzu passende Plümos und Paradekissen				
Handtücher (Stube u. Küche, nur durch Qual. Goldmark)	0,60	0,80	1,10	1,55
Nemdentuch und Lino (Ben- u. Leinwand)	0,93	1,10	1,50	
Molton-Bettlaken hervorragende mellige Qualität	6,93	7,50		
Tischtücher prima Damast 130/160, 160/225	5,05	7,70	12,55	
Kaffeetische u. Gedecke in hervorragenden Ausführungen				
Bettwäsche und Inlette für Hervorragende: Frollierwäsche				

Tafelgedecke in Halb'eines und Reblin aus Nr. 6, 8, 12, 18 und 24 Personen in allerfeinsten Qualitäten. Es sind auch die elegantesten Aufhänge, Tagelunden, Nachthemden, Hemden, Unterwäsche, Privatstücke mit entzückenden Garnierungen.

Damen-Leibwäsche mit Handblossum und Hand-datierten
Damen-Luxuswäsche mit Handblossum und Hand-datierten

Allerfeinster Bett-Damast. Pa. Dimil, fertig und Meterware.
In unserer Filiale Wilmersdorfer Strasse

Daunen-Steppdecken in pa. Satin oder Seide mit la Daunenfüllung
Größe: auswähl! Facsimilische vorzuziehende Bedienung!

Stumpe Jäger

Kottbuser Damm 73 Landshorver Str. 88 Dresdener Straße 33
(Nähe Hermannplatz) (3 Min. v. Alexanderpl.) (Nähe Prinzenstraße)
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 37 (H. Mann u. Co.)
Geöffnet von 9 bis 7 Uhr

Unsere Haupt-Wohlfahrtsorganisationen.

Welchen Kreisen dienen sie? — Auf welche Organisation stützen sie sich?

Deutscher Caritasverband.

„Der Deutsche Caritasverband mit seinem Aufbau nach Orts-Caritasausschüssen oder -verbänden, Diözesan- und Landesverbänden ist die von den deutschen Bischöfen anerkannte Zusammenfassung der katholischen kirchlichen Caritas Deutschlands. Der Deutsche Caritasverband ist das Rückgrat der katholischen Liebestätigkeit Deutschlands und die vielen caritativen Fachvereine sind seine Glieder.“ (Heinr. Auer in: Der Deutsche Caritasverband. Freiburg 1922.)

Innere Mission.

„Die Innere Mission ist nicht ein Arbeitsgebiet neben der Kirche, sondern der Organismus der Kirche, eine Lebensfunktion der Kirche. Durch die Wohlfahrtsorgane der Inneren Mission wird zunächst die biederliche Seite, die „Lebensnot“ im engeren Sinne berührt, jedoch bleibt die missionarische evangelisatorische durchaus nicht unberührt. Denn in der Inneren Mission hängt beides aufs engste zusammen und kann gar nicht getrennt werden.“ (Postor Steinweg auf dem 40. Kongress, September 1922 in München.)

Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden.

Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden ist die Zentrale für die gesamte jüdische Wohlfahrtspflege. Sie ist der Zusammenschluß der Wohlfahrtsorgane aller jüdischen Gemeinden in Deutschland sowie der jüdischen Zentralorganisationen. Zur Durchführung ihrer Maßnahmen bedient sie sich hauptsächlich der amtlichen jüdischen Gemeinden. Sie verfolgt ihre Arbeit nach sozialpolitischen Gesichtspunkten, die vor allem der Hebung der Arbeitskraft und der Gesundheit dienen sollen.

Deutsches Rotes Kreuz.

„Das Deutsche Rote Kreuz ist eine Vereinigung der Männer- und Frauenvereine vom Roten Kreuz, die zu gemeinsamer Wohlfahrtsarbeit zusammengeschlossen sind und dahin wirken sollen, daß alle deutschen Männer und Frauen ohne Unterschied des Standes, des religiösen Bekenntnisses und der politischen Gesinnung sich als Mitglieder an dem gemeinsamen Wirken des Roten Kreuzes beteiligen.“ „Das Deutsche Rote Kreuz ist ein Glied der Weltgemeinschaft des Roten Kreuzes und bezieht sich als solches auf allen Arbeitsgebieten, deren Zweck die Verhütung, Bekämpfung und Abwendung gesundheitlicher wirtschaftlicher und sozialer Not bildet.“ (Aus den Satzungen des Deutschen Roten Kreuzes.)

Zentralwohlfahrtsausschuh der christlichen Arbeiterschaft.

„Der Zentralwohlfahrtsausschuh ist die organisatorische Zusammenfassung der auf dem Gebiet der Wohlfahrtsorgane tätigen christlichen Arbeiter. Als solche will er eine planmäßige, einheitliche Mitarbeit der christlichen Arbeiterschaft in der Wohlfahrtsorgane erzielen. Als Organisation der christlichen Arbeiterschaft führt der Zentralwohlfahrtsausschuh die christliche Wohlfahrtsorgane und die hinter ihr stehenden Wohlfahrtsorganisationen. Unter Anerkennung der Notwendigkeit der öffentlichen Wohlfahrtsorgane tritt er für den Schutz der freien Liebestätigkeit ein.“ (Aus den Satzungen.)

Zentralauschuh für die Auslandshilfe.

„Der Deutsche Zentralauschuh für die Auslandshilfe ist eine Arbeitsgemeinschaft von ausländischen Hilfsorganisationen, deutschen behördlichen Stellen, die an der Durchführung wohlfahrtsorganisatorischer Aufgaben beteiligt sind (Ministerien, kommunale Körperschaften), Hauptverbänden der freien Wohlfahrtsorgane (darunter die oben angeführten), Gewerkschaften und anderen Organisationen der Selbsthilfe. Seine Aufgabe ist die gerechte und zweckmäßige Verteilung der Auslandsliebesgaben an die bedürftige Bevölkerung ohne Ansehen der Konfession, des Standes und der Partei.“ (Aus der Zeitschrift „Not und Hilfe“.) Ein besonderer Ausschuh für Kindererziehung führt die von den Quäkern begonnene Kindererziehung weiter.

Internationale Arbeiterhilfe.

Die Internationale Arbeiterhilfe wurde 1921 von der Kommunistischen Partei gegründet, um die Hungersnot in Rußland zu lindern. Sie hat sich neuerdings die Aufgabe gestellt, in Deutschland Volkskammerstellen einzurichten. Gelder und Lebens-

mittel für die Durchführung dieser Hilfsmassnahmen erhält die Internationale Arbeiterhilfe im wesentlichen aus Rußland. Sie arbeitet unter der Direktion der Kommunistischen Internationale in Moskau.

Hauptauschuh für Arbeiterwohlfahrt.

Der Hauptauschuh für Arbeiterwohlfahrt wird organisatorisch getragen von den Sozialdemokratischen Partei angehörenden Männern und Frauen, die ehrenamtlich in der sozialen Arbeit stehen. Der Hauptauschuh für Arbeiterwohlfahrt bezweckt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtsorgane, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzuführen. Er will die gezielte Regelung der Wohlfahrtsorgane und ihre sachgemäße Ausführung fördern durch Zusammenfassung aller in der Wohlfahrtsorgane tätigen Frauen und Männer, die Gewinnung neuer Kräfte, die Schulung der bereits tätigen und der neu herangezogenen Kräfte, Stellungnahme zu allen Fragen der Wohlfahrtsorgane in der Öffentlichkeit und ihre wissenschaftliche Durcharbeitung, die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter bei der Beschaffung von Stellen und bei der Vermittlung ehrenamtlicher Hilfskräfte für die öffentliche Wohlfahrtsorgane, die Vertretung der Arbeiterschaft bei den Behörden des Reichs, der Länder und der Selbstverwaltungskörper, bei Zusammenschlüssen der Wohlfahrtsorganisationen und Zusammenarbeit mit gleichartigen Organisationen. In 38 Provinzial- oder Landes- und Bezirksausschüssen und weit mehr als tausend Ortsausschüssen arbeiten unsere Genossinnen und Genossen seit Jahren planmäßig zusammen, um auf ihre Weise zur Abwendung der Not beizutragen. Sie beteiligen sich unter Leitung der Behörden oder von Fall zu Fall gemeinsam mit anderen Kreisen an der Durchführung großer Notstandsaktionen (Waisenspiele, Kinderhilfe, Ruhrhilfe u. a.), ohne ihre organisatorische Selbstständigkeit als Arbeiterwohlfahrt aufzugeben. Die in den Kommunen durchgeführte Demokratisierung der Verwaltung ermöglicht es vielfach, behördliche und private Hilfe in gesunder Weise zu vereinigen.

Die furchtbare Not der Arbeiterklasse, der erwerbslosen Familienväter, Jugendlichen und Kinder sowie der heute besonders hilflosen Alten, die durch die hoffnungslose Finanzlage des Reiches herbeigeführte Einschränkung der gesellschaftlichen und behördlichen Fürsorge haben den Hauptauschuh für Arbeiterwohlfahrt und seine Unterausschüsse veranlaßt, sich für die unmittelbare Fürsorgearbeit zu widmen. In Zusammenarbeit mit der Reichsgemeinschaft der Arbeiterfreunde gilt es zuerst, den Hunger zu stillen und sie vor Kälte zu schützen. Haben unsere Bitten an die Freunde im In- und Ausland einen größeren Erfolg, dann harren unserer Organisation (sowie Aufgaben zur Abwendung der Not, daß wir alle Herzen, Köpfe und Hände gebrauchen werden, um die Arbeit zu bewältigen. Deshalb keine Verzettelung der Kräfte! Darum geht der Ruf an alle Genossinnen und Genossen, sich, soweit sie sich der sozialen Arbeit widmen können, der Arbeiterwohlfahrt zur Verfügung zu stellen!

Die Gattin des früheren Oberbürgermeisters Wermuth wurde am Donnerstagmorgen auf dem Friedhof in Buch beigesetzt. Der Feiler in der kleinen Kirche von Buch wohnten außer den nächsten Angehörigen u. a. auch Vertreter der Stadt Berlin bei.

Wegen Beleidigung des Schleiherrn v. Köhne war fernerzeit der Redakteur der „Brandenburgischen Zeitung“, Sellig, zu 30 000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Beide Parteien hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Berufung ist gestern von der Strafkammer verworfen worden.

Lebensmittelpreise in Berlin am 6. Dezember

(in Milliarden Mark)	
Rindfleisch	1400—2000
Kalb- und Lammfleisch	1300—2250
Hammelfleisch	1500—2000
Schweinefleisch	1800—2400
Lebende Hechte	1800—2000
Schleie	1500—1800
Hechte in Eis	1100—1300
Schleie in Eis	1300—1500
Schellfisch	600—800
Kabeljau	900—1000
Grüne Heringe	700
Margarine	600—1200
Schmalz	1200
Weißkohl	70—80
Wirsingkohl	80—90
Rotkohl	120—130
Mohrrüben	50—60
Kartoffeln (10 Pfd.)	450—450

Stillstand der Preise?

Weitere Senkungen angeblich nicht zu erwarten. Die sich endlich bemerkbar machende Preisbesserung am Lebensmittelmarkt, die vom Publikum freudig begrüßt wurde und manchen zu überschüssigen Hoffnungen hinriß, ist am gestrigen Tage zu einem gewissen Stillstand gekommen. In Händlerkreisen ist man der Ansicht, daß eine weitere Preisherabsetzung im Augenblick nicht möglich sei. Wie weit diese Ansicht sich behaupten kann, wollen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls ist die Tatsache einer Preisbesserung, nach einer ungeheuerlichen Preissteigerung, der die Löhne nicht im entferntesten gefolgt sind, zu verzeichnen. Sie kam aber erst zustande durch das energische Vorgehen der zuständigen Behörden und durch die Einsicht einiger weniger Händlerkreise. Beim Fischmarkt hatte es noch am Dienstag den Anschein, als ob hier die Preisbesserung spurlos vorübergehen sollte. Wurden doch noch am Dienstag für lebende Schleie 2,4 bis 2,6 und für lebende Hechte 2 bis 2,3 Milliarden für ein Pfund gefordert. Seit Mittwoch sieht die Sache erfreulichere aus. Lebende Schleie verkaufte man gestern mit 1,7 bis 1,9 und lebende Hechte mit 2 Milliarden. Scheelisch ist ebenfalls im Preise gesunken und wurde das Pfund mit 600 bis 700 und Kabeljau mit 900 bis 1000 Milliarden das Pfund zum Verkauf angeboten. Auch beim Fett ist nur eine geringe Preisbesserung eingetreten. Margarine schwankt zwischen 800 und 1200 Milliarden. Nur der Gemüsemarkt läßt sich schwer „beeinflussen“. Weißkohl kostet noch wie vor 70 bis 80 und Wirsingkohl 80 bis 90 Milliarden. Mohrrüben werden im Durchschnitt mit 50 und 10 Pfund Karoffeln mit 420 bis 450 Milliarden verkauft.

Verhaftung von Warenverkäufern.

Daß es den Behörden jetzt ernst ist, mit den schärfsten Maßnahmen gegen die Veräußerer von lebensnotwendigen Bedarfsartikeln durchzugreifen, erhellt dieser Tage der Inhaber eines großen Herrenartikelgeschäfts in Schöneberg. Er hatte einem Kunden für ein Paar wolliene Herrenjoden 40 Billionen abgenommen. Der Kunde erstattete Strafanzeige wegen Betrugs und S. wurde sofort in seinem Geschäft verhaftet. Nachdem er drei Tage hinter den schwebenden Vorhang zugebracht hatte, gelang es R.-A. Dr. Stemmer, die Haftentlassung gegen 300 Goldmark Kaution zu erwirken.

Die Preisprüfungsstelle kitzelt mit: Durch die reichlichere Ausgabe werbefähiger Zahlungsmittel und durch Stilllegung der Notenspreche ist die Inflation zum Stillstand gekommen. Der Lebensmittelhandel hat sich zu einer erheblichen Preisbesserung verstanden. Diesem Beispiel sind andere Handelszweige noch nicht ausreichend gefolgt. Nachdem zurzeit die Gründe für die Verwertung einer Entwertungsräume vorliegen sind, muß die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß die durch jene Prämie bedingten hohen Preise herabgesetzt und demzufolge Rabatte für Zahlung in werbefähigem Gelde nicht mehr gewährt werden. Insbesondere betrifft dies den Textil- und Schuhwarenhandel, in dem Preisbesserungen von 20 Proz. und mehr erforderlich sind. Das Publikum wird erjudet, bei Zahlung in werbefähigem Gelde Rabatte nicht zu verlangen, vielmehr auf entsprechende Herabsetzung der Warengrundpreise zu achten und gegebenenfalls durch Anzeige bei der Preisprüfungsstelle oder beim Postel-Präsidenten — Abt. W. — eine Nachprüfung der Preise zu veranlassen. Es ist zu hoffen, daß die Herabsetzung der Preise schnellst in Erscheinung tritt, zumal der solide Handel selbst eifrig bemüht ist, jeglichen Rabattanspruch zu unterbinden.

Die Rache der Schneiderin.

Durch eine unglaublich skändliche Handlungsweise ist eine arme Hausangestellte von einer Schneiderin Emma Drewniak um ihre sauer zusammengeparpte Kasse gekommen. Dem Kaufmann Rehenberg war die Schneiderin als Zwangsmieterin in seine Wohnung gesetzt worden. Es kam bald zu Streitigkeiten, da der Lebenswandel der Schneiderin bei der Familie Anstoß erregte, und schließlich wurde das Mietverhältnis sammt angesetzt. In dem Termin hatte die bei Rehenberg beschäftigte Köchin ausgelegt, daß die Untermieterin nicht weniger als drei Liebhaber habe. Das hatte nun die Witte der D. entsetzt. Die Köchin stand vor ihrer Hochzeit und hatte sich für den Gang zum Standesamt von der Schneiderin ein Kleid machen lassen, das sie freudig überall im Hause herumzeigte.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofolischer.

Roman von Johan Bojer.

Henrik Rabben schmitzte an einem Beifisch und sah zu Kristaver hinüber. „Wertwändig, wie schwer es für manche Leute ist, eine Verantwortung zu tragen!“ sagte er. „He! Elezeus blieb stehen und sah ihn an, als wollte er ihn auffressen. „Redest du auch mit? Du soltest dir lieber deinen Bart kämmen, du Blumentopf! He! Wenn du nicht den Mund hältst!“

Und gerade in diesem Augenblick kam ein Ramdöler, der alle seine Reize verloren hatte, herein. Er fragte Kristaver und Per Suzanja und Henrik Rabben, ob sie für ihn beim Krämer hürzen wollten, damit er sich neue Geräte anschaffen könne. Elezeus blieb stehen und starrte ihn mit offenem Munde an. Die drei sahen sich an. Es war ja gerade nicht die Zeit, neue Verantwortungen zu übernehmen. Aber der Ramdöler war ein guter Bekannter. „Jetzt ist schon alles eins!“ sagte endlich Per. „Der Fang wird kaum dadurch besser, daß wir nein sagen!“ meinte Henrik und arbeitete weiter an seinem Beifisch. Da tat auch Kristaver mit. Aber der Ramdöler konnte seine Reize noch einmal verlieren, und dann — ja, dann kamen die drei Bürger nie in der Welt von hier fort, ehe sie seine Schanden an den Wächtern bezahlt hatten.

In allen Hütten ließen die Männer die Köpfe hängen. Am schlimmsten waren sie vielleicht bei den Junggesellen, die teure Busennadeln und Schärpen und Ringe gekauft hatten, um sie zu verschenken, wenn sie von einem so großen Fang nach Hause kamen. Gott ist wunderbar. Er läßt seiner nicht spotten.

Am Kramladen standen die Blausäden nebeneinander. Die Männer kauften nichts, sie sagten nichts, sie gingen nur aus alter Gewohnheit her, wie in der Zeit, als sie mit Haut und Haar den Wächtern verfallen waren. Damals hatte der eine Art Verpöschung gehabt, sie auch in ungünstigen Zeiten über Wasser zu halten. Jetzt kam er nur selten einmal aus seinem Kontor heraus, tat aber nie, als lebe er sie. Sie waren jetzt ja freie Männer und konnten ihre Fische verkaufen an wen sie wollten. Was wollten sie gerade jetzt hier bei ihm?

Da saßen Männer und schrieben Lofobriefe, und keiner wollte die Wahrheit erzählen, daß hier jetzt gar kein Fang sei.

Aber einen Schilling konnten sie nicht schicken, nein, du mußt dich einstweilen behelfen mit dem, was du hast. Und recht viele Grüße!

Ein Dampfer mit Röderrischen aus Tromsø fährt in den Hafen ein, frische Kapelans, ein Bekerbissen für den Kabeljau. Rödter? Wenn hier kein Fisch in der See ist? Der Rödterdampfer fährt wieder aus und nimmt den Kurs nach Westen. Glänzende Reisel — aber du wirst schwerlich einen Fischerplatz finden, wo es einen Käufer gibt.

Vom Westfrost kommen Boote herein, denn dort war den ganzen Winter kein Fang gewesen. Jetzt haben sie aus Leibeskräften gerudert, um sich noch rechtzeitig Unterkunft zu verschaffen. Aber schon bei der Einfahrt erfahren sie, daß sie vergebens hergerudert sind. Seht den Südwesten auf. Verschauft euch! Kehrt um! Ja, hier ist nichts zu holen!

Aber jetzt hatte Jakob seine große Zeit. Er hinkte umher und kaufte Reize und Boote. Geld? Er würde es später bezahlen. Sie konnten ja Boote und Geräte als Pfand behalten. Aber jetzt kaufte er die Männer aus und beuerte sie an, so daß sie für den Rest des Winters für ihn fischen mußten.

Mehrere Bootsführer hatten den blinden Glauben, daß dem Jakob das Glück folge. Sie gingen auf den Handel ein und stellten sich in seinem Dienst — schlechter als jetzt konnte es nicht mehr werden.

Zwei Männer kamen nebeneinander über die Felsen geschritten. Der eine vierschrötig, mit kurzem, rötlichem Vollbart und hellen, blinzelnden Augen — das war Kristaver. Der andere hatte ein rotes, bartloses Gesicht, eine winzige kleine Nase und ein Väckeln wie eine hübsche Frau. Das war sein Freund Edo und Hansen aus Varanger. Sie lachten beide und erzählten sich Geschichten, sie wollten in eine Kaffeestube, etwas trinken und vielleicht ein bißchen mit der Kellnerin schäkern, wenn es keiner sah. Edo und Hansen hatte eine Frau und drei Kinder in einer Hütte auf einem Felsen dort im Norden, und im gleichen Hause waren die Witwen und Kinder von zwei Brüdern untergebracht, und für sie alle sollte er sorgen, er und das kleine Nordlandboot. Aber wurde es besser, wenn man sich hinsetzte und lammerte? Nein, Kristaver und er machten einen Wummel, scherzten und lachten und waren beide wieder wie zwanzigjährig. In der Kaffeestube war zu ihrem Leidwesen eine neue Kellnerin, die noch dazu alt und häßlich war. Sie warfen sich einen Blick zu, der besagte: „Die ist uns doch zu verschimmel!“ Dann bekamen sie ihren Kaffee,

und es endete wie gewöhnlich damit, daß sie sich die letzten Neuligkeiten aus ihrer Heimat erzählten.

„Es ist bei euch wohl noch immer so, daß eins von den Kindern unter der Rückenbank liegen muß, aber sonst geht es wie gewöhnlich.“ sagte Kristaver.

„Jawohl, und bei dir sind wohl jetzt junge Schweinchen angekommen, was?“

Der Sonntag kommt. Und jetzt erinnert sich jeder, daß es hier eine Kirche gibt und daß heute gepredigt wird.

Es ist ganz merkwürdig, wie voll die Kirche ist!

Einer hinter dem anderen kommen die Fischer die schmalen Pfade durch den Schnee daher, heute haben sie nicht Südwest und Jucke an, sondern den Friesrock und den großen, breitrandigen Hut. Aber mancher einer hat Wasserstiefel an, weil er außerdem nur noch Pantoffel hat. Die Kirchenglocken hallen über Berg und Meer hin.

Und die Männer gehen in die Kirche mit den schneigen, geteerten Stiefeln, und da sie alle von der Heimat her an die schlechtesten Plätze im Gotteshaus gewöhnt waren, so pferchten sie sich auch heute auf der allerhintersten Bank zusammen. Aber als sich dort nicht noch mehr zusammendrängen konnten, brückten sie sich in die nächste hinein, und so mußten sie allmählich immer weiter nach vorn. Als Per Suzanja kam, fiel er beinahe um vor Schreck, weil er in der zweiten Bank vorn Platz nehmen mußte, wo der Posthalter und der Telegraphenverwalter saßen. Ein Blick, daß Kristaver Myran mit seinem Sohn in der Bank dahinter saß, da hatte er doch einen kleinen Anhauf. Und neben ihm saß auch Jakob. Er war der einzige, der nicht besondere Kirchenkleider hatte. Er hatte die gewöhnliche Jacke und den isländischen Schlupfer an, aber er hatte sich die Oberlippe rasiert, die jetzt ganz blau ausah.

Heute herrschte kein Anstreich zwischen den Männern aus dem Süden und denen aus Norden, zwischen Neffishern und Anglern. Nordländer und Staväringer saßen nebeneinander.

Der Choral wurde angestimmt. Eine pfeifschwärzige Faust näherte sich Kristavers Gesangbuch, um die eine Seite festzuhalten, während der Alte selber den Text mitsang. Das war Jakobs Faust. Und die Finger! Der mußte einmal sehr schlamm gewesen sein, denn der Nagel war fort, der Finger war eigentlich jetzt ein Klumpen, am Ende zusammengeknäuel. Aber Jakob hatt. Stimme, und allmählich fand er den richtigen Ton, schlug die braunen Augen auf und stimmte ein. (Fortsetzung folgt.)

Der Reichstag auf Sonnabend vertagt.

Wegen deutschnationaler Obstruktion.

Am Reichstag teilte gestern Donnerstag nachmittags Präsident Loh zunächst mit, daß ein Antrag des Reichsministers des Innern vorliegt auf Aufhebung der Immunität des H. v. Graefe (Duisb.) zur Erhebung einer Anklage wegen Hochverrats. Der Präsident schlägt vor, das Schreiben dem Geschäftsausschuss zu überweisen. Abg. v. Graefe bittet, den Antrag sofort zu erledigen und die Aufhebung seiner Immunität zu beschließen; einen gegenteiligen Beschluß betrachte er als eine Entwürdigung seiner persönlichen Freiheit. Er weist dabei auf den Präzedenzfall der Aufhebung der Immunität des Abg. Traub (nach dem Rapp-Bußsch) hin. Auf Anregung des Präsidenten erklärt sich Abg. v. Graefe damit einverstanden, daß die Beratung über das Schreiben zu Beginn des Punktes 9 der heutigen Tagesordnung stattfinden (Anträge, die die Geschäftsordnung betreffen).

Einige kleinere Vorlagen werden ohne Aussprache erledigt. Das Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung, das die Kommunisten beantragt hatten, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller sowie der Volksischen und der Ledebour-Gruppe abgelehnt. In der nun folgenden dritten Lesung des Ermächtigungsgesetzes — allgemeine Aussprache — sprach als erster:

Abg. Dr. Wulle (Duisb.) gegen das südbische Bankkapital, dessen Herrschaft durch das erste Ermächtigungsgesetz begründet worden sei, und gegen den Abbau von Beamten, Forschungsinstituten wie dem für Kartoffelforschung von Schulen usw. Das Ermächtigungsgesetz raube den Staatsbürgern ihre obersten Verfassungsrechte. General v. Seckl habe geäußert, die Aufstellung von Listen der verbotenen Parteien bei den bevorstehenden Wahlen werde verhindern. Nur dieser Reichstag schloße alles, er lebe nur von der Geschäftsbürokratie. Ruhe und Ordnung könne ein kranker Volkskörper nicht halten. Der Redner macht den Republikanern — Militarismus und Kasernepolitik mit dem Reichspräsidenten als Feldwebel zum Vorschub. Die antimilitaristische Sozialdemokratie könne nur dank dem Herrn v. Seckl noch eine Rolle spielen. Das Völkische sei das Deutsche schließlich.

Abg. Febr (Bayer. Bdd.) lehnt das Gesetz ab, weil seine Partei in dem Fünfzählerauschuss nicht vertreten sein werde und obwohl er zur Regierung volles Vertrauen hat.

Abg. Ledebour (L. Soz.) greift die Sozialdemokratische Partei an, weil sie Dr. Feigler aufgefordert hat, wegen der bekannten Beschuldigungen sofort sein Mandat niederzulegen. Das sei eine Anstands- und Solidaritätsverletzung schlimmster Art durch einen jämmerlichen Parteivorstand und eine jämmerliche Landtagsfraktion gewesen. (Präsident Loh macht darauf aufmerksam, daß diese Sache doch mit dem Ermächtigungsgesetz nichts zu tun habe.) Ledebour bestreitet dann gegenüber einem früheren Jurist Schöpfens, daß er am 6. Januar 1919 Arbeiter gegen die Republik bemiffet habe. Man habe nur gegen die reaktionäre Regierung Ebert-Scheidemann-Roste die sozialistische Republik vertritt. (Rever Hinweis des Präsidenten auf die Tagesordnung.) Der Redner schließt mit der Ablehnung des Gesetzes.

Abg. Hüdenbrand (Soz.)

stellt fest, daß Abg. Wulle als Träger der Hysterie und Audentörferei als letzter das Recht habe, über Ruhe und Ordnung zu reden. Wenn Wulle sich gegen manchen Abbau wendet, aber die Entfernung aller sozialdemokratischen Beamten fordert, so ist das die höchste Unverschämtheit. (Beif. Zustimmung links.) Wenn Wulle sagt, daß die Kartoffelforschungsanstalt so notwendig sei für die Landwirtschaft und daß sie mit 5 Beamtengehältern zu erhalten sei — wie schämt sich denn die reiche deutsche Landwirtschaft nicht, die Erhaltung dieses Instituts vom Reich zu verlangen! (Sehr gut links.) Wenn Herr Wulle sagt, daß für uns die Diktatur erhaltend sei, so gibt es kein Wort, um diese Zumutung zu kennzeichnen. Aber es sind tatsächlich die Völkischen hier, die sich für um die Diktatur interessieren. (Heiterkeit.) Unsere ländliche Landtagsfraktion hatte Dr. Feigler aufgefordert, sich zu rechtfertigen; erst als er das nicht tat, wurde er zur Mandatsniederlegung aufgefordert. Uebrigens ist das Verfahren unserer Partei gegen einzelne ihrer Mitglieder ausschließlich unsere Sache, und dazu brauchen wir nicht die Kassische Ledebours. (Beif. Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Sücker (Komm.) „warnt“ vor der bevorstehenden Losrennung des Rheinlandes, an der die sozialdemokratischen Führer mitschuldige seien. (Stürmische Zurufe der Soz.: Lüge!) Der Bergarbeiterverband habe in ruheloser Weise zugestimmt, den Streik durch den Achtstundentag zu ersetzen. (Stürm. Widerspruch der Soz.) In einem Rhein- und Ruhrstaat werde die Arbeiterkraft noch viel mehr geschädigt werden. Die kommunistische Partei werde gegen jede Lösung kämpfen. Der 60gliedrige Verwaltungsrat ist das zukünftige Parlament der Rheinrepublik. (Abg. Sollmann (Soz.): Ihr habt ja eure Einbeziehung verlangt!) Mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz liefert die Sozialdemokratie die letzten Reste der Demokratie der nationalen Diktatur aus. Sie (zu den Soz.) fürchten das Gericht der Massen, die uns zuströmen.

Abg. Sollmann-Kön (Soz.):

Unsere Stellung in der Rheinlandsfrage haben wir in keiner Weise geändert, wir halten fest daran, daß die Rheinlande bei Deutschland bleiben und auch eine Trennung von Preußen unter unwürdigem Einfluß nicht in Betracht kommt. Unser niederrheinischer Parteitag hat erklärt, daß wir uns an vorbereitenden Arbeiten für eine gewisse Sonderstellung beteiligen, um Ordnung zu schaffen und um gewissen kapitalistisch-parlamentarischen Absichten entgegenzutreten. In den 60er-Ausführungen haben sich die Kommunisten mit allem Eifer hineingedrängt und jetzt beschimpfen sie ihre Kollegen in diesem Ausschuss. Mein Freund Meerfeld hat dem französischen Oberkommissar Tizard erklärt: „Sofort mit Ihren vier Sonderstellungen reden wollten, würden wir zu Hause totgeschlagen!“ Wenn Herr Sücker ein Herz für das notleidende harrende Volk hätte, würde er protestieren gegen die Macht, die dieses Elend über uns gebracht hat. Es ist tiefbedauerlich, daß Sücker hier eine Wahlrede hält, mit der er den Franzosen Waffen in die Hand gibt. (Beif. Zustimmung. — Geschrei der Komm.) Wir bleiben preußisch, bleiben deutsch. (Beif.)

Nachdem Abg. Gérard (Z.) gleichfalls Sückerische Behauptungen zurückgewiesen hatte, wird die allgemeine Aussprache durch Annahme eines Schlussantrages beendet.

Es folgt die Einzelberatung.

Zur Einzelberatung haben zu dem § 1 des Ermächtigungsgesetzes der Abg. Schulz-Bromberg und Genossen (Dnt.) den Antrag eingebracht, eine Bestimmung einzufügen, wonach sich die Ermächtigung nicht auf die Aenderung der für die Rentenregelung der Währung (Rentenbank) ergangenen gesetzlichen Bestimmungen erstreckt.

Ein Antrag Beder-Arnberg und Fraktion (Z.), Koch-Weser und Fraktion (Dem.) und Dr. Scholz und Fraktion (D. Vp.) will dem § 1 einen neuen Absatz hinzufügen, wonach der fünfgliedrige Ausschuss des Reichstages, der nach den Beschlüssen zweiter Lesung vor Erlass der Verordnungen in vertraulicher Beratung zu hören ist, auch, soweit der Reichstag es beschließt, zu hören ist über Anträge zu Verordnungen, die auf Grund des früheren Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind.

Finanzminister Dr. Cuxter:

Ich habe zu dem Antrag Schulz-Bromberg zu erklären: Die Reichsregierung stimmt mit der offenkundigen Absicht des Antrages, jede Gesetzgebung der Rentenregelung unmöglich zu machen, völlig überein. Sie bemüht die gebotene Umgehung, um die zur Zeit des früheren Kabinetts durch mich gegebene Darlegung in aller Form zu erklären, daß der Weg der Inflation für die deutsche Wirtschaft endgültig verfallen und somit die Rentenbank von jeder

Gefährdung befreit ist. Insbesondere wird die Reichsregierung auf keinen Fall die prozentuale Sicherheitsbelastung des Grundbesitzes usw. irgendwie erhöhen. Gleichwohl bittet die Reichsregierung, seinen Beschluß im Sinne des vorliegenden Antrages zu fassen. Einmal kann die Möglichkeit nicht von der Hand gewiesen werden, daß formale Punkte, also Punkte, die die Grundlage der Rentenbank in keiner Weise berühren, nach den praktischen Erfahrungen auf diesem so ganz neuen Gesetzgebungsgebiet demnachst abgeändert werden müssen. Ferner steht, wie bereits im Reichstag angekündigt ist, eine Verordnung über die

allmähliche Aufhebung der Zwangswirtschaft bei den Meilen bevor. Im Zusammenhang mit dieser Absicht muß § 2 Abs. 2 der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank zum 15. Oktober 1923 ausgeführt werden, der folgendermaßen lautet: „Soweit der Grundbesitz weber nach § 16 noch nach § 9 herangezogen wird — es ist dies der Zwangsbewirtschaftung unterliegende Grundbesitz — ist er nach Maßgabe der Aufhebung der Zwangswirtschaft zum Zwecke der Verflüchtigung der Mittel der Deutschen Rentenbank heranzuziehen.“ Bei dieser Regelung kam sich ebenfalls eine Notwendigkeit der Aenderung der Verordnung ergeben. Endlich arbeitet die Reichsregierung mit allem Nachdruck auf die Schaffung einer Goldnotenbank hin, und nach dieser Richtung besteht die Möglichkeit, daß die Goldnotenbank und die Rentenbank durch gesetzliche Vorschriften aufeinander eingestellt werden müssen, so daß jede Maßnahme ausscheidet, durch die die Sicherheit und Gültigkeit der Rentenbank irgendwie beeinträchtigt werden könnte. Darum muß die Reichsregierung die ausdrückliche Berechtigung auch zur Aenderung der Verordnung über die Rentenbank erhalten. Die Reichsregierung wiederholt aber, daß an der ausgezeichneten Fundierung und Sicherung der deutschen Rentenbank und ihrer Aufgabe, der Inflationswirtschaft ein Ende zu machen, nicht geändert werden darf und nichts verändert werden wird. Die jetzige Preisfestsetzung und die beginnende Befundung unseres Wirtschaftslebens ist eine Wirkung der Einführung der Rentenbank. Diese wird ihre geschichtliche Aufgabe weiter fortführen, daß sie zum Kernpunkt der jetzigen deutschen Währungspolitik geworden ist. (Beif.)

Abg. Dr. Reihert (Dnt.) ist durch diese Erklärung des Reichsfinanzministers befriedigt und verzichtet auf eine Abstimmung des Antrages seiner Freunde.

Abg. Frösch (Komm.) protestiert dagegen, daß die Kommunisten aus dem parlamentarischen Ueberwachungsausschuss ferngehalten werden sollen, und beantragt, den Ueberwachungsausschuss zum Ermächtigungsgesetz von 15 auf 21 Mitglieder zu vergrößern.

Dieser kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Kommunisten wird ein Antrag der Mittelpartheien, wonach der Reichsausschuss auch über Anträge zu Verordnungen auf Grund des alten Ermächtigungsgesetzes zu hören ist.

Dann folgt die Abstimmung über den § 1 des Ermächtigungsgesetzes. Sie ist auf Antrag der Deutschnationalen namentlich, § 1 wird mit 282 gegen 79 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Dagegen haben die Deutschnationalen, die Deutschvölkischen, der Bayerische Bauernbund, die Unabhängigen und die Kommunisten gestimmt.

Nach § 2 teilt das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft. Die Abstimmung über diesen Paragraphen ist auf Antrag der Regierungsparteien ebenfalls namentlich, § 2 wird mit 278 gegen 81 Stimmen angenommen.

Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes gelangen ohne Widerspruch zur Annahme.

Präsident gibt nun bekannt, daß ein Antrag Koch-Weser (Dem.), n. Gérard (Z.) und Dr. Scholz (D. Vp.) vorliegt.

Die Gesamtstimmung bis zum Sonnabend zu vertagen.

(Lachen und Unruhe bei den Deutschnationalen und bei den Komm.) Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.): Wollen in der Schacht bloßen Sie: „Das Ganze hat!“ Draußen wartet das Volk auf die Entscheidung. (Unruhe bei der Mehrheit.) Haben Sie nicht die Empfindung, daß der Reichstag damit der Welt ein bloßes Schauspiel liefert? (Zurufe bei der Mehrheit: Des tun Sie!) Sie fürchten nur den Ausbruch der Neuwahlen. (Präsident Loh bittet den Redner, nicht so zu reden, sondern nur zur Geschäftsordnung.) Bei diesem Antrag ist alles was man noch so ungeschicklich sagt, doch noch zur Sache. (Heiterkeit.)

Abg. Koch-Weser (Dem.): Niemand hier im Hause ist so wenig besonnen, über die Würde des Parlamentarismus zu sprechen, wie der Redner der Deutschnationalen. (Beifall bei der Mehrheit.) Eine Zweidrittelmehrheit ist erforderlich, damit das Gesetz angenommen wird. Die Mittelpartheien sind vollständig anwesend. (Zurufe bei den Deutschnationalen: Wir auch!) Ja, aber wollen Sie auch die Güte haben, uns zu hören, ob Sie anwesend bleiben? (Schallende Heiterkeit bei den Deutschnationalen.) Die Deutschnationalen haben heute das Verdienst, dadurch, daß sie auf diese Frage sowohl den Vertellern wie dem Reichsanwalt die Aufmerksamkeit verleiern (Hört! Hört!), in das Parlament eine neue Seite hineinzubringen zu haben, wie sie sonst beim Votenspiel oder beim Viehkauf üblich ist. Dadurch, daß sie in einem Augenblick der höchsten Gefahr des Vaterlandes Obstruktion treiben, sind sie daran schuld, wenn die Würde des Parlamentes leidet.

Abg. v. Graefe (Duisb.): Ich nehme das Bild vom Viehhändler an. Was Sie (zu den Mittelpartheien) betreiben wollen, ist weiter nichts als der ausgesprochenste Viehhandel, den Sie hinter den Rücken weiterreiben wollen, um Schindluder mit den höchsten Interessen des Volkes zu spielen. (Wurm in der Mitte.) Wir bitten, den Antrag auf Vertagung abzulehnen, der geschäftsmäßig überhaupt unzulässig ist.

Abg. Hergt (Dnt.): Es ist unerhört, daß einer Fraktion dieses Hauses hier der Vorwurf gemacht werden darf, daß sie Schindluder mit den höchsten Interessen des Vaterlandes treibe. (Großer Lärm.) Namens meiner Fraktion verbitte ich mir solche Aeußerungen, und ich füge hinzu, daß nach den Tatsachen, die wir mit dem Herrn Koch in der letzten Zeit gemacht haben, wir am allerwenigsten von Herrn Koch in dieser Richtung Kritik entgegenzunehmen hätten. Es ist gesagt worden, wir wären hinterhältig und wollten mit unserer Entscheidung nicht heraus. Auf die Fragen mehrerer Fraktionsführer habe ich sämtlichen Herren antworten müssen, daß die Deutschnationalen Parteipartei bisher leider noch nicht in der Lage gewesen wäre, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, weil die Regierung uns noch nicht mitgeteilt hat, was für eine Politik das Kabinett führen werde. Ich habe dem Herrn Reichskanzler die Frage vorgelegt: Was wird die Regierung tun; wird sie auf Grund des Art. 48 der Verfassung weiter realisieren? Wird sie zur Aufhebung des Reichstages schreiten? Ich habe dem Reichskanzler gesagt, es ist erforderlich, daß wir

sofortige Wahlen

bekommen. Hätten wir auf unsere Frage eine Antwort erhalten, dann hätten wir auch unsere Haltung mitgeteilt. Der Reichskanzler, das Kabinett ist also in diesem Falle die Ursache, daß wir unsere Entscheidung zurückgestellt haben. Nun warten Sie ruhig bis Sonnabend oder bis dahin, wo Sie die Abstimmung vornehmen wollen; dann werden Sie von den Deutschnationalen die gebührende Antwort erhalten. (Lärm und Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. Koch (Dem.) fordert den Abg. Hergt auf, zu erklären, welche Art Ergebnisse ihm das Recht zu seiner Aeußerung gegeben hätten. (Beif. Zustimmung bei der Mehrheit.) Es ist sehr eigenartig, daß man in einer so gefährdeten Stunde wie dieser sich dahinter verberge, daß man noch keine Beschlüsse gefaßt habe. Das bedeutet

eine Verantwortungslosigkeit, um die er die Deutschnationalen in dieser Zeit nicht beneide.

Abg. Hergt (Dnt.) erklärt demgegenüber, sein Erlebnis bestehe hauptsächlich darin, daß die Bildung einer bürgerlichen Koalition an dem Verhalten der Demokraten gescheitert sei. (Widerspruch bei der Mehrheit.)

Abg. Beder-Arnberg (Z.) bestreitet die Schuld der Demokraten an dem Scheitern der Verhandlungen und macht die Deutschnationalen dafür verantwortlich. Das Zentrum wisse, daß in den besetzten Gebieten Männer, die die größten Opfer für Deutschland gebracht haben, die sich verhaften und ausweisen ließen, und deren deutsches Gefühl mindestens so geschert sei wie das der Deutschnationalen, erklären, daß für die besetzten Gebiete Neuwahlen sehr geradezu verhängnisvoll werden würden.

(Beif. Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Praxis des Abg. Hergt erklärt der Redner für ungebührlich und nicht erlaubt.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abgg. Koch (Dem.) und Hergt sowie Ausführungen der Abgg. Frösch (Komm.) und Stoeker (Komm.) wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten beschlossen, die Gesamtstimmung bis Sonnabend zu vertagen.

Das Haus beschließt, die Angelegenheit des Abg. v. Graefe dem Geschäftsausschuss zu überweisen, der bereits am Freitag zusammenzutreten soll.

Das Haus vertagt sich. Sonnabend 2 Uhr: Reichstagswahlrecht, Volksentscheid, Schlußabstimmung über das Ermächtigungsgesetz, Anträge wegen des Personalabbaues.

Schluß gegen 6 Uhr.

Demonstration vor dem Reichstag.

Vor dem Reichstagsgebäude hatten sich gestern in der Mittagsstunde einige hundert Eisenbahner, Mitglieder verschiedener Eisenbahnergewerkschaften, eingefunden, um gegen die Beamtenabbau-Verordnung zu demonstrieren. Die Beamten hatten den lebhaften Wunsch, auch der Reichstagsitzung beiwohnen zu können; bei dem beschränkten Raum der Tribünen konnten jedoch nur einige wenige Einlaßkarten erhalten.

Volk in Not.

Die Aussprache im Landtag.

In der gestrigen Landtagsitzung führte Abg. Buchholz (Soz.) weiter aus: Die Stadt Götting wollte aus ihren eigenen Werken der minderbemittelten Bevölkerung Kohlen zu einem um 20 Proz. ermäßigten Preise liefern. Da kam das Kohlen Syndikat und erhob Einspruch, da die Stadt Mitglied des Syndikats sei. Die Lieferung mußte daher unterbleiben. Das ist ein unerhörter Skandal. (Beif. Zustimmung links.) Die Schließung der Betriebe soll nur die Zerstörung des Wirtschaftsgutes erzwingen. Es ist eine Schande, daß erst Degoutte den Ruhrindustriellen zeigen mußte, was Vaterlandsiebe ist, als man dort zu den Massenentlassungen schreiten wollte. (Erneute Zustimmung links.) Auch in der Entlohnung der Arbeiterkraft muß ein Wandel eintreten. Von einer unterernährten Arbeiterkraft kann man keine Produktionssteigerung verlangen. Ist es nicht ein Skandal, wenn die Dresdener Gasarbeiter, früher am besten bezahlt, in der Vorwoche einen Lohn von 8 M. erhielten, wenn man hochqualifizierten Arbeitern in Schlesien einen Stundenlohn von 22 Pfennigen anbietet? (Hört, hört! links.) Unter solchen Umständen darf man sich über Hungerepizochen nicht wundern. In einem Schreiben an den Reichsfinanzminister warnt der Reichslandbau und schon wieder vor neuen Steuern und droht im anderen Falle mit Rückwirkungen auf die Produktion. Das Zeugnis Hoopers ist doch für unsere Landwirtschaft beschämend genug. Wegen das Händlerumwelen muß eingeschritten werden. Ferner ist eine starke Ausfuhr der kommunalen Preisprüfungsstellen notwendig. Für die Volkspfeisungen müssen erhebliche Mittel beschafft werden. Mit dem warmen Appell allein ist es nicht getan. Die Massenentlassungen in der Industrie müssen von der Regierung dauernd überwacht und nachgeprüft werden, da sie in vielen Fällen unbedeutend sind. Nicht nur Worte, sondern Taten will das Volk endlich sehen.

Abg. Frau Weber (Z.): Gestern haben wir uns mit dem erbarmungslosen Feind befaßt, heute gilt es, einem ebenso erbarmungslosen inneren Feind, dem Hunger, auch diefen Feinde werden wir ohne den unerschöpflichen Gemeinheitsfiskus nicht bekämpfen. Alle Teile des Volkes müssen hier diesen Gemeinheitsfiskus beweisen; alle Rücksichten auf Sonderinteressen müssen zurücktreten. Vor allem fordert

das Elend der deutschen Kinder

den Willen zur Abhilfe heraus. Das deutsche Volk ist auch nahe daran, in Unkultur und Unkultur zu verfallen. Die Preispolitik muß der Staat so beeinflussen, daß der Bevölkerung das verloren Vertrauen wiederkehrt. Der Hunger muß auch mit gesetzlichen Vorschriften noch viel energischer bekämpft werden. Abhilfe ist aber allein mit staatlichen Mitteln nicht zu erreichen, zumal bei der trostlosen Finanzlage; die private Wohlfahrtspflege muß sich nach ameritischem Muster auch bei uns noch weit umfasser betätigen. Für die jugendlichen Arbeitslosen ist besonders Sorge zu tragen, damit sie nicht verkumpen. Nachmals richten wir unseren Appell an das deutsche Volk, in seiner Opferwilligkeit nicht zu erlahmen. (Beifall rechts.)

Abg. von der Oßen (Dnt.) schildert die Verelendung des gewerblichen Mittelstandes und der auszuweisen Beamtenchaft. Die die Staatsregierung zuerst ändern müsse. Die jetzige Lage unseres Volkes ähnelt außerordentlich der des französischen Volkes nach der Revolution. Das Ende war dort eine große Hungersnot. Dann kam Napoleon. Wir haben vor dieser Entwicklung seit dem Kriege gemerkt. Es scheint aber, daß wir dieser Entwicklung außerordentlich nahe sind. (Zustimmung rechts.) Der Redner wendet sich dann gegen die Vorwürfe, die der Landwirtschaft wegen zu hoher Preise gemacht werden. Die Landwirtschaft beziehe zum großen Teil Preise, die unter den Friedenspreisen liegen, während sie doppelte und dreifache Friedenspreise zahlen müsse. In Bommern seien nicht weniger als 20000 Tonnen Strohkommission abbestellt worden, da ihn die Landwirtschaft nicht bezahlen könne. (Hört, hört!) Wie kann der Landwirt weiter helfen, wenn der Steuerfiskus ihm die Kuh im Stalle pfändet, wie es vorgekommen ist? Die jetzige Geldpreispolitik schädigt Arbeiter, Angestellte und Beamte. Wir müssen mehr arbeiten, um mehr produzieren zu können. Unhöflich ist der Zustand, daß jugendliche Arbeiter nahezu dieselben Löhne erhalten wie solche, die Frau und Kinder haben. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern an Stelle der allgemeinen Wehrpflicht, die uns der Verfall der Vertrag verbietet, die allgemeine Arbeitspflicht. Vor allem verlangt das deutsche Volk neue Führer und sieht sie in Männern der Nation. Die Parlamente entsprechen nicht mehr der wahren Volksmeinung. Deshalb

verlangen wir Neuwahlen.

damit das Wohl des deutschen Volkes besser wahrgenommen wird. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wir werden mit Gottes Hilfe das Vertrauen des Volkes rechtfertigen. (Beif. Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Abg. Engberding (D. Vp.) rügt, daß zuviel Parteipolitik getrieben werde. Durch die notwendige Versicherung gegen Ent-

